Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 42 — **Dienstag, den 9. April 1929.** — **32. Jahrg.**

Die „Große Koalition" im Reiche

Für rasche Erledigung des Etats.

Annahme der Sachverständigenvorschläge im Reichskabinett.

Das Reichskabinett trat am Sonntag unter dem Vorsitz des wieder genesenen Reichskanzlers zu seiner ersten Sitzung nach Ostern zusammen. Es beschäftigte sich mit den Vorschlägen, welche von den Sachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam vereinbart waren.

Das Reichskabinett beschloß nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die gesamtpolitischen Notwendigkeiten, insbesondere die rasche Erledigung des Etats, unter Zurückstellung seiner Bedenken auf den Boden dieser Vorschläge zu treten.

Umbildung des Reichskabinetts.

Verständigung der Parteien.

Montag gegen Abend hatte der von seiner Erkrankung ziemlich wiederhergestellte Reichskanzler die Vertreter der an der Regierungsbildung beteiligten Reichstagsfraktionen zu sich berufen, um mit ihnen eine Besprechung abzuhalten über die Beschlüsse der Finanzsachverständigen und deren Vorschläge zu Ersparungen zum Reichshaushaltsetat. Das Kabinett in seiner Gesamtheit hatte bekanntlich schon am Sonntag den Vorschlägen der Sachverständigen zugestimmt und mit Rücksicht auf die außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten eine rasche Erledigung des Etats unter Zurückstellung von einzelnen Bedenken befürwortet. Vor allem beabsichtigte der Reichskanzler in der Montagskonferenz, die Frage der Großen Koalition ihrer Lösung näherzubringen. Wahrscheinlich wird die Forderung des Zentrums nach drei Vertretern in der umzubildenden Reichsregierung Zustimmung finden. Die drei Zentrumsminister würden dann den Verkehr, die Justiz und das Ressort der besetzten Gebiete übernehmen. Man hoffte auf Einigung über die Personalfrage und eine grundsätzliche Entscheidung.

In kurzer Zeit tritt der Reichstag wieder zusammen, um in die endgültigen Etatsverhandlungen einzutreten. Bis dahin soll ein aktionsfähiges Kabinett hergestellt werden, zumal die bisher als Sprengpulver wirkenden Steuerfragen viel von ihrer Schärfe verloren haben. Daß die Parteien bei der Umbildung des Kabinetts sich gegenseitig eine gewisse Bindung auferlegen müssen, wird als selbstverständlich betrachtet.

Aus den Vereinbarungen.

Wie verlautet, ist bei den Besprechungen der Parteien auch die Hoffnung zum Ausdruck gekommen, daß die Pariser Schuldenkonferenz doch noch eine Erleichterung für Deutschland bringen würde. Wenn das der Fall ist, sollen die jetzt durch die Etatsersparungen frei werdenden Mittel nicht durch neue Ausgaben wieder aufgefogen werden, sondern man denkt an eine Senkung der Einkommen- und der Zuckersteuer, womit die Steuerbelastung schon etwas geringer würde. Von einer Senkung der Lohnsteuer will man möglichst absehen, dafür aber die Beiträge für die Knappschaftsversicherung mildern und Reserven bei der Invalidenversicherung schaffen.

Stimmen aus der Volkspartei.

Was die Haltung der Deutschen Volkspartei anbetrifft, die ja bei den vergeblichen bisherigen Koalitionsverhandlungen eine große Rolle spielte, so sind in den letzten Tagen die darüber laut gewordenen Stimmen entschieden freundlicher geworden. Dr. Scholz, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, sprach sich in Königsberg entschieden für die Große Koalition aus. Er selbst sei gerade nicht ein besonderer Freund dieser Gestaltung, aber eine andere Mehrheitsbildung im Reichstag sei nicht möglich. Verhängnisvoll für Deutschland müsse jede Diktatur sein, von welcher Seite sie auch käme. Deshalb werde sich die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Große Koalition bereit erklären, da der Sinn des Parlamentarismus in der Bildung einer starken, tragfähigen Regierung zu erblicken sei. Dr. Scholz versicherte seine volle Übereinstimmung mit dem Parteiführer Dr. Stresemann; ganz irrig habe man diesen in Zusammenhang mit neuen Parteigründungen gebracht. Dr. Stresemann habe in einem Brief an ihn, den Redner, ausdrücklich festgestellt, daß ihm solche Behauptungen zu lächerlich erschienen, um ihn zu veranlassen, näher Stellung dazu zu nehmen.

Der Referent für den Reichshaushalt in der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Cremer, machte in einer Rede in Stuttgart Angaben über die bei den Ersparnisvorschlägen in Anwendung gebrachte Taktik und meinte weiter, daß auch die Länder dabei besonders in Betracht gezogen worden seien. Es sei möglich, daß die rückständigen Zinsen aus der Postablösung an Bayern und Württemberg nunmehr in absehbarer Zeit gezahlt werden könnten; das mache allein für Bayern einen Betrag von 18 Millionen aus. Auch Cremer sprach sich günstig über den zu bearbeitenden Etatsentwurf und die Notwendigkeit der Großen Koalition aus.

Die drei Wege.

Als der Reichstag in die Osterferien ging, ohne daß die Frage, wie das Defizit im Reichshaushalt gelöst werden sollte, auch nur eine andeutungsweise Beantwortung erfahren hatte, war vom Regierungstisch aus noch die Erklärung gefallen: Wenn die Fraktionen ein einheitliches Deckungsprogramm finden, dann wird die Regierung es prüfen und annehmen, aber auch nur dann, wenn sie für die Durchführung dieses Programms die Verantwortung zu tragen willens ist.

Das einheitliche Programm ist da, auch die Zustimmung der Regierung, und es fehlt bloß noch die Erklärung der Fraktionen, sich an dieses Programm, wie der Etat zu gestalten ist, auch unbedingt und ohne „Seitensprünge" zu halten.

Man hat die Ausbalancierung des Etats auf drei Wegen zu erreichen versucht — denn sie bleibt ja Theorie, weil erst die Wirklichkeit im Ablauf des Etatsjahres zeigt, ob man richtig kalkuliert hat! —, nämlich durch Streichung bei den Ausgaben, durch Erhöhung der Ansätze für gewisse Einnahmen und durch Steuererhöhungen. Um diesen letzten Punkt vorwegzunehmen: die Branntweinsteuer, also die sogenannte „Hektoliereinnahme" des Reiches vom Trinkbranntwein, die das Reich vom Reichsbranntweinmonopolamt erhält und die pro Hektoliter bisher 330 Mark betrug, soll auf 400 Mark heraufgesetzt, die Steuer damit um 21,2 Prozent erhöht werden. Den damit wohl zweifellos verbundenen Konsumrückgang, der schon im abgelaufenen Betriebsjahr infolge Steuererhöhung stattfand und daher die Steuereinnahmen nicht einmal den Voranschlag erreichen ließ, hofft man durch besondere Verwaltungsmaßnahmen gegen Schwarzbrennereien usw. wettzumachen. Ferner fällt die Steuerermäßigung für die Kleinbrennereien fort und schließlich muß auch für den Weingeist, der für Heilmittelzwecke verwendet wird und bisher nur 100 Mark Steuer trug, jetzt die gleiche Summe bezahlt werden wie die auf dem Trinkbranntwein lastende. Ein erhoffter — aber nicht eingetretener — Überschuß von 15 Millionen aus dem Betriebsjahr 1927/28 sollte dann mit diesen drei anderen Arten von Mehreinnahmen ein Mehr von insgesamt 90 Millionen ergeben, — aber tatsächlich fehlen infolge Rückgangs der Einkünfte schon jetzt 21 Millionen an dieser Rechnung.

Zwar nicht theoretisch, aber praktisch ist bei der Vermögenssteuer in letzter Zeit eine ganz außerordentliche Erhöhung der Erträge dadurch herbeigeführt worden, daß man bei der Veranlagung zu ihr auf Grund des „Einheitswertes" weit über die Festsetzung von 1925 hinausging, so daß sich der Ertrag dieser Steuer seitdem bis 1928/29 mit 520 Millionen fast verdoppelt hat und daher ohne weiteres anzunehmen ist, daß man durch diese Praxis beim Veranlagungsgeschäft noch weitere 40 Millionen, wie beabsichtigt, herausholen wird. Das ist in der Theorie zwar keine ausdrückliche gesetzliche Steuererhöhung, in der Praxis aber durchaus — und dem Steuerzahler ist die Theorie sehr gleichgültig. Er spürt nur die Praxis! Schärfer vorgegangen werden — und hiermit geht das Kapitel der Heraufsetzung von Posten auf der Einnahmenseite des Etats weiter — soll auch bei der Tabaksteuer, wo man mit 35 Millionen einen etwa 20prozentige Steigerung des Ertrages erhofft. Übrigens stellen bei dieser Steuer die Stundungen, Nachlässe und Abschreibungen eine sehr hohe Summe dar, so namentlich in der Zigarettenindustrie, wo zurzeit dem Fiskus noch etwa 50 Millionen geschuldet werden.

Ob es schließlich der Reichspost gelingen wird, statt der im letzten Jahr 105 Millionen Überschuß nun 140 Millionen an die Reichskasse abzuführen, ohne daß eine Gebührenerhöhung hierfür notwendig wird, erscheint nach den kürzlich erfolgten Erklärungen des Reichspostministers mehr als zweifelhaft. Die Reichspost könne für 1929 höchstens 126 Millionen Überschuß zahlen und für diesen Zweck ihre Ausgaben aufs alleräußerste drosseln bis zu der Grenze, bis zu der es die Erhaltung ihrer lebenswichtigen Betriebe noch ertragen könne. Das sei schon im vergangenen Jahr geschehen; verlange man aber mehr als jene 126 Millionen von der Reichspost, dann ginge es nicht ohne Heraufsetzung der Gebühren ab. Der Wink war deutlich, weil er in eine Zeit fiel, da man schon offiziös davon redete, auch die Post heranzuziehen für die Deckung des Reichsdefizits. Verantwortlich für eine solche Gebührenerhöhung wäre der Reichstag übrigens nicht, da die Reichspost ein selbständiges, „nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltetes" Unternehmen ist, wo der Verwaltungsrat die entscheidende Stimme hat — auch für die eventuelle Heraufsetzung der Gebühren.

Die ursprüngliche Absicht, allein durch Abstriche am Haushalt das Defizit zu beseitigen, ist also nicht durchgeführt worden, sondern nur nicht ganz zur Hälfte. Steuererhöhung und „Heraufsetzung der Einnahmenvoranschläge" sollen die dann noch ausstehenden Summen heranschaffen, so daß letzten Endes ein Mehr von 200 Millionen an Ausgaben beschlossen ist. Angenehmer wäre es dem Steuerzahler zu hören, wenn man es ihm erlassen hätte, die neue Ausgabenerhöhung tragen zu müssen.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Berliner Beratungen über Bildung der Großen Koalition und Umgestaltung des Reichskabinetts haben erfolgversprechenden Fortgang genommen.

* Im Langkoop-Prozeß wurde das Urteil verkündet. Es lautet für Langkoop auf fünf Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist und 50 Mark Geldstrafe. Loof wurde freigesprochen.

* Bei Babenhausen wurde auf einem Bahnübergang ein Auto von einem Zuge erfaßt, wobei eine fünfköpfige Familie getötet wurde.

* Die Vereinigten Staaten von Amerika machen Anstalten, um in die mexikanischen Wirren mit bewaffneter Hand einzugreifen.

Pariser Verhandlungen über Oberschlesien.

Das Beschwerderecht der Minderheiten.

Die oberschlesischen Verhandlungen, die vom 25. März bis 6. April von der vom Völkerbundrat beauftragten Kommission in Paris geführt wurden, fanden ihren Abschluß, der im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden kann.

Die Minderheiten in dem deutschen und dem polnischen Teil von Oberschlesien genießen bekanntlich das Ausnahmerecht vor allen anderen Minderheiten, sich unmittelbar an den Völkerbundrat wenden zu dürfen. Sowohl der Rat als auch die Polen wollten dieses unmittelbare Beschwerderecht abschaffen. Sie stießen jedoch auf einen erheblichen deutschen Widerstand. Die Pariser Verhandlungen galten der Klärung dieser Streitfrage. Auf deutscher Seite war man bereit, die Beschwerden, soweit sie sich ausschließlich mit Kleinkram beschäftigen, vom Rat fernzuhalten, ohne die Rechte der Minderheiten zu schmälern. Die neuen Abmachungen regeln denn auch die Frage in diesem Sinne. Die klageführende Minderheit wird in Zukunft nach einer Prüfung in Genf an das Minderheitenamt des betreffenden Staates verwiesen werden. Gleichzeitig soll das örtliche Verfahren wesentlich verbessert und stark beschleunigt werden. Es darf in Zukunft nicht länger als sechs Monate andauern. Sollte das örtliche Verfahren dem Kläger nicht zusagen, bleibt es ihm trotzdem frei, nach Genf an den Völkerbundrat zu gehen.

Beschlüsse des Evang. Reichselterntages.

Das Ende der Beratungen.

Nachdem auf der Tagung in Breslau Oberstudiendirektor Glage-Insterburg noch über sexuelle Zugenderziehung und Direktor Schwarz-Breslau über sexualpädagogische Pflichten der Eltern und einige andere Redner gesprochen hatten, nahm die Versammlung einige Entschließungen zur

Lehrerbildung und Schulpolitik

an. Der Aufbau der Lehrerbildung in Preußen wird begrüßt und die Erwartung ausgesprochen, daß die anderen Länder sich anschließen werden. Ferner rechnet die evangelische Elternschaft auf Einhaltung des vor fast einem Jahre in einer Regierungserklärung erneut gegebenen Versprechens zur Reform der Schulgesetzgebung und erwartet eine ungesäumte Wiederaufnahme der Reichsschulgesetzgebung. Zugleich legt sie Verwahrung ein gegen alle Versuche, durch Verwaltungsmaßnahmen im Widerspruch mit der Reichsverfassung den Charakter unserer evangelischen Schulen anzutasten. Beim weiteren Auf- und Ausbau der Volksschule ist einer Überspannung des Berechtigungswesens entgegenzutreten. Zum Schluß des Elterntages fanden große Festgottesdienste und eine Kundgebung im Konzerthaus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719290409-15/fragment/page=0001

Fünf Monate Gefängnis für Langkoop

Aber Bewährungsfrist auf drei Jahre.

Im Langkoop-Prozeß verkündete nach längerer Beratung der Vorsitzende des Schöffengerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Ziegel, folgendes Urteil:

Der Angeklagte Loof wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Der Angeklagte Langkoop wird von der Anklage des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz freigesprochen. Er wird wegen Nötigung und Bedrohung in je einem Falle und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einer Gesamtgefängnisstrafe von fünf Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 25 Mark ein Tag Gefängnis tritt. Von der erkannten Strafe gelten zwei Monate zwei Wochen sowie die Geldstrafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Die Kosten des Verfahrens werden, soweit Verurteilung erfolgt ist, dem Angeklagten Langkoop, im übrigen der Staatskasse auferlegt.

Der Vorsitzende teilte weiter mit, daß nach dem Beschluß des Gerichtes bezüglich des noch nicht verbüßten Teiles der Strafe eine Bewährungsfrist auf drei Jahre mit Aussicht auf Straferlaß zugebilligt worden ist.

In seiner Anklagerede hatte der Staatsanwalt erklärt, auf der einen Seite bestehe ganz allgemein ein tiefes Mitgefühl mit dem Menschen Langkoop, der sich nach schwerer Jugendzeit in Afrika bei Beginn des Krieges ein schönes Besitztum erworben hatte und nun durch den Krieg seiner Existenz und seiner Heimat beraubt worden war und daraufhin seit etwa zehn Jahren einen erbitterten Kampf um sein vermeintliches Recht führte. Auf der anderen Seite aber stehe die schwere Tat Langkoops, die nicht entschuldigt und nicht gebilligt oder gar verherrlicht werden könnte, wenn man nicht einem Chaos das Wort reden wolle. Im Verlaufe seiner Ausführungen erklärte der Staatsanwalt weiter, daß die Anklagebehörde Langkoop eines Sprengstoffverbrechens, auf das Zuchthausstrafe stehe, nicht für überführt halte. Er beantragte gegen den Angeklagten Langkoop wegen räuberischer Erpressung eine Gefängnisstrafe von einem Jahr zwei Monaten, wegen Nötigung eine Gefängnisstrafe von einem Monat und wegen unbefugten Waffenbesitzes eine solche von zwei Wochen. Er hat, diese Strafe zusammenzuziehen in eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft von zehn Wochen. Der Staatsanwalt betonte, er sehe ausdrücklich davon ab, irgendwelche Ehrenstrafen in Antrag zu bringen, die bei dem Angeklagten Langkoop keineswegs am Platze seien. Er beantragte ferner die Freisprechung des Angeklagten Loof, da die Beihilfe zur Tat nicht erwiesen sei. Für den größten Teil der Strafe sei bei dem Angeklagten Langkoop zweifellos Bewährungsfrist oder eine Begnadigung am Platze. Darauf plädierten die Verteidiger auf Freisprechung.

Vor seinem „letzten Wort" bat Langkoop um eine Pause, um sich mit seiner Verteidigung besprechen zu können. Darauf gab er die Erklärung ab: „Ich werde als deutscher Mann für mein Recht kämpfen, bis ich die Augen schließe!"

Widerspruch der Landwirte in Kiel.

Antwort an den Oberpräsidenten Kürbis.

Im Verlaufe der Tagung des Schleswig-holsteinischen Provinziallandtages in Kiel gab Graf Rantzau-Breitenburg im Namen der landwirtschaftlichen Abgeordneten eine Erklärung ab, in der es heißt:

Der Oberpräsident hat sich in seiner Eröffnungsrede eingehend mit der Notlage der Landwirtschaft beschäftigt und u. a. ausgeführt: „Sie sehen also, daß der vermeinte Stand in großer Erkenntnis der Bedeutung der Landwirtschaft für das Volksganze mehr tut, als je für die Landwirtschaft geschehen ist. Gerade der neue Staat ist, trotz unvergleichlich größter Anspannung seiner Finanzen, der stärkste Förderer insbesondere der Landwirtschaft." Diese Erklärung können wir nicht unwidersprochen lassen. Wir erkennen zwar an, daß von seiten der Regierung neuerlich manche Mittel zur Förderung der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind und werden. Wir betonen aber, daß auf der anderen Seite die Steuer- und Wirtschaftspolitik in Reich und Staat die Landwirtschaft in ihre jetzige Notlage gebracht hat. Dem früheren Zustand gegenüber erscheinen ihr die der Landwirtschaft heute zugeführten Mittel im Gegensatz zu dem, was vorher genommen worden ist, in keiner Weise ausreichend.

Der Begründer der Heilsarmee.

Zu William Booths 100. Geburtstag.

Am 10. April wäre William Booth, der Begründer der Heilsarmee, hundert Jahre alt geworden. Als vor einigen Wochen die große, wenig friedliche und schiedliche Auseinandersetzung in der Heilsarmee stattfand, ist dieses Mannes, dessen Sohn und Erbe damals etwas gewaltsam von seinem „Generalsposten" entfernt wurde, in ehrender Weise gedacht worden, auch von Gegnern der von ihm ins Leben gerufenen Bewegung. Booth, der am 10. April 1829 in Nottingham geboren wurde, hatte Theologie studiert und war schon in jungen Jahren Prediger einer Methodistensekte geworden. 1861 gab er dieses Amt auf, um sich ganz der Heilsarmee, dem „Heere der Seligmacher" (Salvatisten), wie sie damals genannt wurde, zu widmen. Die Ziele und Zwecke dieser religiösen Vereinigung, die in militärischer Organisation die „Burgen des Satans" stürmen und dem sozialen Elend abhelfen will, sind bekannt. William Booth starb im August 1912.

In Deutschland hat die Heilsarmee bekanntlich seit mehreren Jahrzehnten festen Fuß gefaßt. In neuerer Zeit aber hat sich in Berlin eine beträchtliche Schar von Heilssoldaten von der alten Heilsarmee abgesplittert und unter dem Namen „Heilsboten von Berlin" eine deutsche Heilsarmee gegründet. Den Grund dieser Trennung bildete die Tatsache, daß die von der Heilsarmee in Deutschland gesammelten Gelder nur zu 30 Prozent wieder an die Armen in Deutschland zurückfließen, zu ihrem weitaus größeren Teile aber nach England und Amerika gehen. Die Heilsboten von Berlin aber wollen eine rein deutsche Organisation sein; ihre Überschüsse sollen nach Abzug der geringfügigen Verwaltungskosten restlos zu Wohltätigkeitszwecken in Deutschland Verwendung finden. Sendboten sind unterwegs, um die Bewegung zunächst in den industriereichen Gegenden zu verbreiten und allmählich ganz Deutschland zu erobern. Man sieht, es kriselt jetzt überall in der von William Booth gegründeten Heilsarmee, und von der früheren Geschlossenheit ist nicht viel übriggeblieben.

Der König von Bulgarien in Berlin.

König Boris von Bulgarien, der zurzeit eine Rundreise durch europäische Hauptstädte unternimmt, kam Sonnabend in Berlin an. Er kam aus der Tschechoslowakei, wo er vom Präsidenten Masaryk auf Schloß Lana und von den städtischen Vertretern und den Spitzen der Armee in Prag begrüßt wurde. Der König hat einen Besuch beim Reichspräsidenten von Hindenburg angesagt und will einige Spezialärzte für sein Ohrenleiden konsultieren. Mitte April will er wieder in Sofia sein.

„Ein Käfig von böswilligen Affen."

Schimpfartikel Pilsudskis gegen den Sejm.

In großer Aufmachung veröffentlichen die den Regierungsparteien nahestehenden Warschauer Blätter einen Artikel des Marschalls Pilsudski, der sich unter dem Titel „Eindrücke eines kranken Menschen" von der Budgetsession des Sejms in sehr drastischer Sprache mit der polnischen Volksvertretung auseinandersetzt. Den Anlaß zu diesen Zornesausbrüchen des Marschalls gibt der Beschluß des Sejms, den ehemaligen Finanzminister Czechowicz wegen ungesetzlicher Budgetüberschreitungen vor ein Staatstribunal zu stellen. Diese Überschreitungen seien in seinem Auftrage erfolgt.

Der Artikel strotzt von Beleidigungen gegen die Sejmmitglieder. Der Gerechtigkeitssinn dieses Sejms, so meint Pilsudski, sei mit dem der Kannibalen zu vergleichen, die nicht den Schuldigen, sondern den Fettesten aussuchten und zum Gegenstand ihrer Anklage machten. Er spricht weiter davon, daß in den Räumen des polnischen Abgeordnetenhauses die Abgeordnetendiarrhoe herrsche, vergleicht den Sejm mit einem Käfig von böswilligen Affen, die sich gar keine Mühe geben, als Menschen zu erscheinen, und bringt noch andere nicht wiederzugebende Kraftausdrücke in dem Artikel zum Abdruck.

Pilsudski bietet sich im übrigen an, wieder die Regierung zu übernehmen, und betont, daß er keinesfalls den Zusammentritt des Staatsgerichtshofes zur Aburteilung des ehemaligen Finanzministers erlauben würde.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Ersatzhaft für Geldstrafen im besetzten Gebiet.

Vor einiger Zeit wurden Klagen darüber laut, daß die französischen Militärgerichte im besetzten Gebiet an Stelle von nicht beizutreibenden Geldstrafen oder Gerichtskosten außergewöhnlich hohe Ersatzfreiheitsstrafen festsetzten. Auf eine Beschwerde hat die Interalliierte Rheinlandkommission geantwortet, daß das bisher hierfür maßgebende französische Gesetz durch ein kürzlich ergangenes neues Gesetz erheblich gemildert worden sei. In dem neuen Gesetz ist der Strafrahmen für etwa 300 Frank auf einen bis fünf Tage festgesetzt; ähnliche Milderungen sind bei höheren Beträgen vorgesehen. Dieses Gesetz soll auch von den französischen Militärgerichten im besetzten Gebiet angewendet werden.

Belgische Truppenschau in Aachen.

Die belgischen Besatzungstruppen in Aachen hielten Montag anläßlich des Namenstages des Königs eine etwa zwei Stunden dauernde Truppenschau auf einer der Hauptverkehrsstraßen von Aachen ab, für die zu diesem Zwecke der Wagenverkehr gesperrt und der Fußgängerverkehr eingeschränkt war. Auch wurden Salutschüsse abgegeben. Die Stärke der belgischen Besatzung im Regierungsbezirk Aachen besteht zurzeit ohne die Familienangehörigen sowie Verwaltungs- und Wirtschaftsbeamten aus etwa 7270 Mann und mehreren hundert Mann Gendarmerie.

Die Regierungsumbildung in Württemberg.

In der Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei Württembergs in Stuttgart wurde nach einem Vortrag des Landesvorsitzenden, Landtagsabgeordneten Rath, eine Entschließung zur Regierungsumbildung in Württemberg angenommen, in der eine Umbildung der jetzigen Minderheitsregierung nach links bis zu den Demokraten als dringend geboten erklärt wird. Die Regierung wird aufgefordert, die Umbildung alsbald in die Wege zu leiten. — In einer Landesausschußsitzung der Demokratischen Partei Württembergs wurde von der Mehrzahl der Redner die Bildung einer Großen Koalition in Württemberg gefordert. Man war der Ansicht, daß das Zentrum zu der Erkenntnis gekommen sei, daß es nicht angehe, auf längere Dauer ohne die Deutsche Volkspartei und die Demokraten zu regieren.

Schweden.

Vier Sparbanken zusammengebrochen.

Infolge schwerer Verluste bei der Gewährung von Krediten auf Grundstücke außerhalb Stockholms sehen sich vier schwedische Sparbanken gezwungen, ihre Zahlungen einzustellen. Die Regierung trifft Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Einleger. Die Zahl der Sparer der vier Banken beläuft sich auf 64 000. Ihre Einlagen betragen 3,3 Millionen Kronen oder 1,2 Prozent der Gesamteinlagen aller privaten Sparbanken des Landes.

Rußland.

Der Tod des Attentäters von Baranowicze.

Starke Erregung hat in Moskau der plötzliche Tod des Sowjetbeamten Apanasowitsch hervorgerufen, der in Baranowicze zwei polnische Polizisten niederschoß, ins Gefängnis verbracht wurde und nun dort während der Untersuchung plötzlich an Herzschlag verschieden sein soll. Die Sowjetregierung hat einen Bericht aus Warschau erhalten, in dem der Tod amtlich bestätigt wird. Von russischer Seite wird mitgeteilt, Apanasowitsch sei nach dem Zwischenfall vollkommen zerrüttet gewesen und das Verhör der polnischen Beamten hätte ungünstig auf seinen Gesundheitszustand eingewirkt. Apanasowitsch wird wahrscheinlich nach Moskau übergeführt werden. Die Sowjetregierung will in Warschau Schritte unternehmen, daß nunmehr seiner ebenfalls verhafteten Frau die Möglichkeit gegeben werde, nach Moskau zu kommen, da sie an dem Anschlag unbeteiligt sei. In Moskau erwartet man einen eingehenden Bericht der russischen Gesandtschaft in Warschau.

Mexiko.

Eingreifen der Vereinigten Staaten.

Da die Nordamerikaner bekanntlich vor Begierde brennen, sich in die mexikanischen inneren Streitigkeiten einzumischen, glauben sie jetzt Anlaß gefunden zu haben, ihre Absicht auszuführen. Über die Kämpfe zwischen Aufständischen und mexikanischen Regierungstruppen lauten andauernd die Nachrichten widersprechend. Aber bei den letzten Zusammenstößen sollen einige Nordamerikaner angeblich verletzt worden sein. Die Vereinigten Staaten, die bisher schon ziemlich offen gegen die Aufständischen Partei ergriffen, haben nun mehrere Kriegsschiffe nach den Häfen Mexikos entsandt. Etwa zehntausend Mann amerikanische Truppen stehen in der Nähe der mexikanischen Grenze.

Nordamerika.

Attentatsversuch gegen einen Gouverneur.

Auf dem Newyorker Hauptpostamt wurde eine Höllenmaschine entdeckt, die in einem an den Gouverneur des Staates Newyork, Roosevelt (den Sohn des früheren Präsidenten), adressierten Paket verpackt war. Ein Postbeamter stieß gegen das Paket, aus dem sofort Rauch hervordrang. Der Beamte warf das Paket ins Wasser. Die benachrichtigte Polizei fand in dem Paket eine sechs Zoll lange Bombe.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der frühere langjährige österreichische Bundespräsident Dr. Michael Hainisch ist in Berlin eingetroffen und wird einige Tage in der Reichshauptstadt verweilen. U. a. wird er im Volksdeutschen Klub einen Vortrag halten.

Heidelberg. Hier starb in der medizinischen Klinik im Alter von 75 Jahren General der Artillerie a. D. Ludwig v. Lauter, der frühere Inspekteur der Fußartillerie des deutschen Heeres.

Koblenz. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat auf Antrag des Reichskommissars für die besetzten Gebiete der Flugvereinigung Germersheim die Erlaubnis zur Ausübung des Segelflugsportes erteilt.

Stuttgart. Der württembergische Staatshaushalt für 1925, den die Regierung dem in den nächsten Tagen zusammentretenden Landtag übergibt, schließt bei einem Gesamtbedarf von 161 994 539 Mark mit einem Fehlbetrag von 9 903 151 Mark ab.

London. In Lahore (Indien) kam es bei der Beerdigung eines Hindujührers, der vor einigen Tagen ermordet worden war, zu Ausschreitungen. Die Polizei mußte, durch die Truppen verstärkt, mit Gummiknüppeln gegen die Menschenansammlungen vorgehen. Im Verlauf der Zusammenstöße sind etwa 100 Personen verletzt worden.

Der Tod im Gasbehälter.

Zwei Arbeiter erstickt.

In der städtischen Gasanstalt in Rosenberg (O.-S.) sind bei der Ausführung von Ausbesserungen in einem Schacht, der an den Gasbehälter angrenzt, zwei Arbeiter durch die Einwirkungen ausströmenden Gases verunglückt. Die Arbeiter hatten sich trotz aller Warnungen ohne Gasmasken in den Gasbehälter gewagt. Der hinzugerufene Betriebsleiter, der die Arbeiter zu retten versuchte, blieb, trotzdem er sich durch eine Gasmaske geschützt hatte, ebenfalls bewusstlos liegen. Feuerwehr und Sanitätspersonal bargen die Verunglückten. Die Bemühungen, die beiden Arbeiter ins Leben zurückzurufen, blieben erfolglos. Der Betriebsleiter wurde mit schweren Vergiftungserscheinungen in das Hospital geschafft.

Kohlenoxydgasvergiftung in einer Baude.

Drei Touristen im Alter von 20—25 Jahren aus Gablonz i. Böhmen kehrten in der Schneegrubenbaude ein. Als sie am Morgen nicht von ihrem Zimmer herunterkamen, wurde das Zimmer geöffnet und man fand die drei jungen Leute auf dem Boden übereinanderliegend bewußtlos auf. Der sofort aus Schreiberhau herbeigerufene Arzt, der eine Kohlenoxydgasvergiftung feststellte, nahm Wiederbelebungsversuche vor, die bei zwei von Erfolg waren, während der 20jährige Odwarka aus Gablonz tot war.

*

Als der Kranführer Hilger in Hamborn heimkehrte, fand er seine Frau und sein vierjähriges Töchterchen bewußtlos neben der Badewanne auf, während die neunjährige Tochter ebenfalls bewußtlos mit dem Kopf im Wasser der Badewanne lag. Durch Wiederbelebungsversuche konnten die Mutter und das vierjährige Töchterchen gerettet werden, während bei der älteren Tochter der Tod bereits eingetreten war. Anscheinend hat die Frau beim Baden der Kinder vergessen, die Außabsperrklappe zu öffnen, so daß die Abgase nicht in den Schornstein gelangen konnten.

Ein Blaukreuzgrab.

Unschädlichmachung von 20 000 Kilogramm Blaukreuz.

In der Dynamitfabrik Lind in Wahn (Rheinland) wurden, kurz nach der Besetzung der Rheinlande, auf Anordnung der Franzosen die dort lagernden etwa 20 000 Kilogramm Blaukreuzbestände im Fabrikgelände vergraben. Um das Blaukreuz unschädlich zu machen, hat man nunmehr auf der Wahner Weide an einer grundwasserfreien Stelle eine fünf Meter tiefe Grube ausgeworfen. Die seinerzeit im Fabrikgelände verwahrten Blaukreuzstoffe werden jetzt ausgegraben und mit einer Feldbahn in den Betonbehälter gefahren. Zum Schutz gegen die Einwirkung des Blaukreuzstoffes sind die mit dieser Arbeit beschäftigten Leute mit Gasmasken, Schutzbrillen, Handschuhen und hohen Gummistiefeln versehen. Der etwa 75 Kubikmeter fassende Behälter ist bereits mit Blaukreuzstoff, Flaschenscherben und mit der vom Blaukreuz durchtränkten Erde gefüllt. Um sämtliches Blaukreuz sicher vergraben zu können, ist der Bau einer zweiten Grube notwendig geworden. Die Behälter werden mit einem luftdicht schließenden Deckel versehen, auf den noch eine Erdschicht von etwa drei Metern zu liegen kommt.

Der Täter von Baranowicze gestorben.

Einem Herzschlag erlegen.

Der ehemalige Beamte der sowjetrussischen Handelsmission in Berlin, Apanasowitsch, der kürzlich in der Polizeiwachstube des Bahnhofs der polnischen Kreisstadt Baranowicze auf zwei polnische Staatsbeamte schoß, von denen der eine seinen Verletzungen erlag, ist im Krankenhaus von Baranowicze plötzlich gestorben. Polnischen Nachrichten zufolge wurde Apanasowitsch von einer schweren Nervenkrise ergriffen und erlag bei einem zweiten Anfall einem Herzschlag. Beim Eintritt des Todes weilte ein Arzt an seinem Krankenlager.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719290409-15/fragment/page=0002

Ueberschwemmung—Tornado—Hitzewelle

22 Tote in Tasmanien.

Wie aus Melbourne gemeldet wird, halten die Überschwemmungen in Tasmanien weiterhin an. Die Zahl der Toten beträgt bisher insgesamt 22. Ein Lastkraftwagen stürzte, als er über eine durch das Hochwasser beschädigte Brücke fuhr, in den Fluß; die acht Insassen ertranken. Der durch die Überschwemmungen angerichtete Schaden wird auf mehr als 20 Millionen Mark geschätzt.

30 Todesopfer eines Tornados.

Die Zahl der Tornadoopfer im nördlichen Minnesota und in Wisconsin ist nach Meldungen aus Minneapolis auf 16 gestiegen. Der Schaden in diesem Gebiet beträgt etwa eine Million Dollar. Unter Hinzurechnung der Tornadoopfer in anderen Gebieten sind etwa 30 Personen getötet worden.

Hitzewelle in Amerika.

In Newyork und Washington stieg das Thermometer auf über 30 Grad Celsius.

Es ist dies eine Rekordhitze, wie sie seit mehr als einem halben Jahrhundert in dieser Jahreszeit hier nicht vorgekommen ist. Nahezu eine halbe Million Menschen besuchten Coney Island und andere Seebäder, Tausende badeten und es entwickelte sich ein riesiger Verkehr. Über eine der Brücken Philadelphias fuhren mehr als 50 000 Autos.

Eine Familie bei einem Autounfall getötet.

Ein Auto von einem Personenzug überrannt.

Auf dem Übergang der Kreisstraße bei Babenhausen an der Strecke Hanau—Eberbach wurde der Personenkraftwagen der Familie Hauck aus Schaafheim, Kreis Dieburg, von einem Personenzug überfahren. Zwei der Insassen wurden sofort getötet. Drei beim Zusammenstoß schwer verletzte Personen, Heinrich Hauck aus Schaafheim bei Dieburg in Hessen und dessen Frau und Kind, sind später gestorben. Die Zahl der bei diesem Unglück ums Leben Gekommenen beträgt somit fünf.

Ein Autobus umgestürzt.

Wie aus Brest gemeldet wird, ist ein mit 15 Personen besetzter Autobus bei Locronan in einer Kurve infolge Platzens eines Reifens umgestürzt. Sechs der Insassen wurden schwer verletzt.

Zu dem Autounfall erfahren wir noch folgende Einzelheiten. Der Bahnhof Babenhausen wird zurzeit umgebaut. Für die am Bahnhof die Eisenbahn kreuzende Kreisstraße mußte eine Umgehungsstraße gebaut werden, die S-förmig verläuft und daher unübersichtlich ist. Beim Zusammenstoß explodierte der Benzintank des Autos, das alsbald in hellen Flammen stand. Der Zementfabrikant Fritz Hauck und dessen Kind sind bei lebendigem Leibe verbrannt.

Im Auto ertrunken.

Ein mit drei Personen besetztes Heilbronner Auto kam bei Jagsthausen von der Straße ab und fuhr in die Jagst. Als man die Verunglückten fand, war eine Dame bereits ertrunken. Die beiden anderen Mitfahrer erlitten leichtere Verletzungen.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 8. April.

Die Wiederherstellungsarbeiten an der „Europa".

Hamburg. An der Wiederherstellung des Lloyddampfers „Europa" wird auf der Werft von Blohm und Voß jetzt wieder umfassend gearbeitet. Man rechnet damit, daß die erste Probefahrt voraussichtlich erst Februar oder März des nächsten Jahres stattfinden kann. Wahrscheinlich müssen drei Decks in einer Ausdehnung von etwa zwei Drittel der Schiffslänge ganz herausgenommen werden. Man hofft, die „Europa" in den nächsten Tagen eindocken zu können.

Verhaftung des Schrankenwärters von Babenhausen.

Frankfurt a. M. Zu dem Zusammenstoß zwischen einem Eisenbahnzug und einem Automobil bei Babenhausen, bei dem fünf Personen getötet wurden, wird gemeldet, daß der Schrankenwärter verhaftet worden ist, da festgestellt wurde, daß die Schranke an dem Bahnübergang in dem Augenblick des Zusammenstoßes nicht geschlossen war. Der Schrankenwärter gibt an, er sei in dem Augenblick, als das Auto nahte, im Begriff gewesen, die Schranken zu schließen. Durch die Laternen des Autos sei er aber geblendet worden.

Kampf um eine Leiche.

Bukarest. In Temesvar kam es zu einem Feuergefecht zwischen der Polizei und Kommunisten, die sich weigerten, eine im Gewerkschaftshaus zurückgehaltene Leiche eines Kommunisten, die stark in Verwesung übergegangen war, den Behörden zu übergeben. Das Gewerkschaftshaus mußte mit Gewalt geräumt werden.

Sieben Bergleute verschüttet.

Kattowitz. Auf dem Hildebrand-Schacht bei Neudorf ereignete sich ein schweres Unglück. Ein Pfeiler der 600-Meter-Sohle ging zu Bruch. Sieben Bergleute, darunter ein Steiger, wurden verschüttet. Nach zweistündiger Bergungsarbeit konnte ein Bergmann in schwerverletztem Zustande geborgen werden. Trotz fortgesetzter Rettungsversuche konnten erst nach mehreren Stunden drei weitere Bergleute, davon einer schwer-, die beiden anderen leichtverletzt, zutage gefördert werden. Die restlichen drei Verschütteten konnten bis jetzt noch nicht befreit werden, da die Rettungsarbeiten infolge beständiger Einsturzgefahr erschwert sind. Zwei der Eingeschlossenen geben noch Klopfzeichen, während der dritte verstummt ist.

Das Befinden des Reichspräsidenten.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat in den letzten Tagen unter einem Grippeanfall mit Magenstörungen gelitten, den er aber gut überwunden hat. Der Reichspräsident, der auch während dieser Erkrankung die laufenden Geschäfte weitergeführt hat, hat wieder die regelmäßigen Vorträge entgegengenommen, muß sich aber in der nächsten Zeit in Empfängen und Ausgängen noch gewisse Zurückhaltung auferlegen.

Milderung im besetzten Gebiet.

Eine im Jahre 1920 erlassene Anordnung der Interalliierten Rheinlandoberkommission schreibt vor, daß alljährlich eine Bestandsaufnahme und Musterung der Fahrzeuge und Zugtiere im besetzten Gebiet stattfinden soll. Auf wiederholte Vorstellungen von deutscher Seite ist jetzt verfügt worden, daß von jetzt ab die Musterungen vor besonderen militärischen Kommissionen wegfallen, so daß Wagen und Tiere nicht mehr vorgeführt zu werden brauchen. Bestehengeblieben ist die Verpflichtung der deutschen Behörden, Listen aufzustellen und der Besatzungsarmee in jedem Jahre einen Abdruck davon zu überlassen. Die aufzuzählenden Gegenstände sollen aber in Zukunft auf Kraftfahrzeuge, Pferde und Maultiere beschränkt werden. Militärische Strafverfahren gegen Eigentümer von Beförderungsmitteln wegen Verstoßes gegen die Meldepflicht sollen künftig nicht mehr stattfinden.

Fünf Arbeiter verschüttet — vier getötet.

Fürstenberg. Auf Grube „Finkenherd" waren fünf Arbeiter mit dem Graben eines Abzugskanals beschäftigt. Als der D-Zug Breslau—Berlin den geschaffenen unterirdischen Gang passierte, stürzte der Stollen in sich zusammen. Die fünf Arbeiter wurden verschüttet. Einer wurde gerettet, während die übrigen vier nach mehrstündiger Arbeit nur noch als Leichen geborgen werden konnten.

Verbot einer Stahlhelmtagung.

Danzig. Wie amtlich verlautet, ist die für den 4. und 5. Mai vom Gau Danzig des Stahlhelmverbandes geplante Tagung des Stahlhelms von der Regierung der Freien Stadt Danzig verboten worden. In der Begründung der Maßnahme wird betont, die Tagung stelle sich als eine Veranstaltung des Gesamt-Stahlhelmbundes dar. Nach den Auslassungen des Stahlhelmbundes in der Presse über die Bedeutung und den Zweck der Danziger Tagung sei, wie weiter erklärt wird, dieser Tagung ein ausgesprochen politischer Kampfcharakter zu geben. Unter diesen Umständen bedeute die Stahlhelmtagung eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und sei deshalb vom Senat verboten worden.

Schulbeginn.

Der 9. April — das ist in diesem Jahre für große Gebiete Deutschlands der Tag des Schulbeginns. „Schulbeginn?" wird hier vielleicht einer, der ein bißchen gedankenlos ist und sich die Sache nicht richtig überlegt hat, einwerfen, — „Schulbeginn? Aber einen Schulbeginn gibt es doch nach allen Ferien des Schuljahres! Das ist doch nichts Besonderes!" Gemach, gemach — dieser da ist schon etwas Besonderes, denn es ist der Schulanfang nach Ostern, der Beginn eines neuen Schuljahres, der Tag, an dem neue Schulrekruten einrücken in die alles gleichmachende Schule, die Standes- und Klassenunterschiede nicht kennt, letztere allenfalls in dem Sinne, daß man in der höheren Schulklasse noch ein bißchen mehr Schulweisheit in sich aufnehmen muß als in der niederen. „Schulrekruten" und „Abcschützen" — das klingt alles so furchtbar kriegerisch, und man ersieht daraus, daß viele, darunter auch der berühmte „Sprachgebrauch", sich die Schule immer noch als eine große Drillanstalt vorstellen, als ein Kampfgebiet, auf dem sich Lehrer und Schüler Schlachten liefern und der Schulbub oder das Schulmädel schließlich der höheren Gewalt unterliegt. So soll das aber nicht sein und man sollte den mehr oder minder forschen Sechsjährigen, welche am 9. April mit dem neuen Ranzen auf dem Rücken oder der Schulmappe samt Federkasten in der Hand als junge Armee einziehen in die heiligen Hallen, die für viele bald recht unheilig werden, nicht bange machen vor dem Herrn Lehrer und dem „Fräulein", das sich viele seltsamerweise immer noch bedrohlich vorstellen, sondern ihnen vielmehr außer den üblichen Schulanfangsbonbons allerlei nette Worte über den Nutzen und die unbedingte Notwendigkeit der Schule, über den hohen Wert des Schönschreibens, des Fleißes und des Zusammenzählens und über das im Grunde freundliche Wesen des Herrn Lehrers und des „Fräuleins" mit auf den Schulweg geben.

Amtlicher Teil.

Polizeiverordnung betr. Trichinen- und Finnenschau.

Mit Zustimmung des Bezirksausschusses wird auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juni 1883, des § 24 des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900 und der §§ 11 und 13 des Gesetzes, betreffend die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes vom 28. Juni 1902 für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgendes verordnet:

§ 2 der Polizeiverordnung vom 6. Oktober 1919, betreffend die Trichinen- und Finnenschau (R.A.Bl. S. 333), erhält folgenden Zusatz:

Die Anmeldung zur Trichinenschau bei erlegten Wildschweinen hat im allgemeinen bei dem für den Abschußort amtlich bestellten Trichinenschauer zu erfolgen. Wo diesem Verfahren bei einem beabsichtigten Verbringen des erlegten Wildes nach einem anderen Beschaubezirk Schwierigkeiten entgegenstehen, kann die Anmeldung zur Trichinenschau vor dem Transport unterbleiben, sofern das Wildschwein unzerlegt zum Versand gelangt. Sie muß aber sogleich nach Eintreffen des Wildschweines am Bestimmungsorte von dem Verfügungsberechtigten bei dem zuständigen amtlichen Trichinenschauer nachgeholt werden.

Im § 3 ist Absatz 3 zu streichen und dafür zu setzen: Vor Beendigung der Trichinenschau und entsprechender Kennzeichnung des Fleisches durch den Trichinenschauer ist außer der Längsspaltung der Schweine und Wildschweine und der Enthäutung der Wildschweine eine weitere Zerlegung der untersuchungspflichtigen Tiere nicht zulässig. Zur Sicherung der Durchführung der Trichinenschau bei Wildschweinen, die versandt, also nicht in unmittelbarer Nähe des Abschußortes zerlegt und in den freien Verkehr gebracht werden sollen, hat der Jagdberechtigte oder sein Vertreter in jedem Falle auf dem Ursprungsschein (§ 46 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907, G.S. Nr. 31), zu vermerken, ob das Wildschwein schon der Trichinenschau unterlegen hat oder nicht. Außerdem hat der Jagdberechtigte oder sein Vertreter sogleich der Polizeibehörde des Bestimmungsortes von der Absendung eines nicht untersuchten Wildschweines mit Angabe des Empfängers Mitteilung zu machen.

Merseburg, den 20. Februar 1929.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht! Annaburg, den 9. April 1929.

Der Amts-Vorsteher.

Bekanntmachung

über die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe und Tätigkeiten vom 7. Februar 1929.

Nach Artikel 40 Abs. 1 des Dritten Gesetzes über Aenderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 (Reichsgesetzbl. 1 Seite 405) in Verbindung mit Artikel 49 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat jeder Unternehmer eines Betriebs oder von Tätigkeiten, die der Unfallversicherung durch das erwähnte Gesetz neu unterstellt worden sind, binnen einer vom Reichsversicherungsamt zu bestimmenden Frist das Unternehmen bei dem Versicherungsamt, in dessen Bezirk es seinen Sitz hat, anzumelden. Dabei sind Gegenstand und Art des Unternehmens sowie die Zahl der durchschnittlich in ihm beschäftigten Versicherungspflichtigen anzugeben.

Die Frist für die Anmeldung wird hiermit auf die Zeit bis zum

15. April 1929 einschließlich

festgesetzt.

Diese Frist gilt nicht für Einrichtungen und Tätigkeiten in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und im Gesundheitsdienste, für welche eine besondere Regelung vorbehalten bleibt.

Ist die Anmeldung versäumt oder unvollständig, so hat das Versichungsamt selbst die Angaben nach eigener Kenntnis der Verhältnisse aufzustellen oder zu ergänzen. Das Versicherungsamt ist befugt, die Unternehmer durch Geldstrafe bis zu 1000 RM. anzuhalten, binnen einer gesetzlichen Frist Auskunft zu erteilen (Artikel 50 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung.)

Das Reichsversicherungsamt.
Abteilung für Unfallversicherung. Schäffer.

Veröffentlicht mit dem Hinzufügen, daß Betriebsanmeldungen der fraglichen Art hier anzubringen sind.

Torgau, den 30. März 1929.

Versicherungsamt.
Der Vorsitzende. Wehr.

Veröffentlicht! Annaburg, den 9. April 1929.

Der Amts-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Die Steuerpflichtigen werden hierdurch aufgefordert, die Hauszins-, Staats- und Gemeindegrundvermögenssteuer für den Monat **April 1929,** bis zum **15. d. Mts.** an unsere Gemeindekasse zu entrichten.

Vom 16. ds. Mts. ab werden Verzugszinsen erhoben.

Zustellung von Steuerzetteln erfolgt nicht. Bei der ersten Zahlung werden die Steuerzettel ausgehändigt.

Annaburg, den 8. April 1929.

Der Gemeinde-Vorstand.

Bekanntmachung.

Für die **Abgabe von Kies** aus der in Meuselkoer Flur gelegenenen Kiesgrube erhebt die Gemeinde 2.— RM. und für die **Abgabe von Sand** aus der Sandgrube am Schützenfestplatz (Pechberg) 20 Pfg. für die Fuhre. Zahlung des Preises hat im Voraus an die hiesige Gemeindekasse zu erfolgen.

Annaburg, den 8. April 1929.

Der Gemeindevorstand.

Lokales und Provinzielles.

Jessen a. Elster, 7. April. (Die Geldnöte der Unterhaltungsgenossenschaft Schwarze Elster.) Wie bereits berichtet, schweben schon seit langem, von beiden Seiten mit äußerster Hartnäckigkeit geführte Verhandlungen zwischen der Trägerin der Regulierungsarbeiten am Unterlaufe der Schwarzen Elster und den Gruben am Oberlaufe des Flusses, die auf Grund des im vorigen April beschlossenen Elstergesetzes zur Zahlung eines in die Hunderttausende betragenden Zuschusses verpflichtet sind. Auf Grund einer Unstimmigkeit in den Ausführungsbestimmungen im Gesetze ist man bis heute noch nicht über die entgültige Höhe der Zahlungen einig geworden. Die Folge davon ist, daß die Elsterregulierungsarbeiten eine erhebliche Vergrößerung erleiden. Auf der letzten Vorstandssitzung der Unterhaltungsgenossenschaft Schwarze Elster mußte davon Kenntnis genommen werden, daß die Genossenschaft vorläufig nur einige kleine unwesentliche Arbeiten zur Durchführung bringen kann, während die großen Arbeiten liegen bleiben müssen, bis die Gelder der Gruben eingehen. Um die Zahlung nach Möglichkeit zu beschleunigen, ist für kommenden Dienstag neuer Verhandlungstermin zwischen der Unterhaltungsgenossenschaft und den Gruben angesetzt. Wenn auch dieses Mal keine Einigung erzielt wird, erscheinen die gesamten, sehr notwendigen Elsterregulierungsarbeiten gänzlich in Frage gestellt.

Herzberg, 6. April. Die hiesige Schuhmacher-Innung begeht am 3. Pfingsttage das 450jährige Jubiläum der Innung. Da die alte Fahne der Innung sehr schlecht geworden war, so ist eine neue geschaffen worden. Dieselbe soll nun am gleichen Tage eingeweiht werden. Zahlreiche Innungen des Kreisverbandes werden an diesem Tage unsere ehemalige alte Schuhmacher-Stadt besuchen, denn gerade Herzberg gehörte zu den ersten Städten der Schuhproduktion. Es sei schon heute auf den Sinnspruch, den die Fahne trägt, hingewiesen: „Ehre deutsches Volk und hüte deinen Handwerksstand!" Möge die neue Fahne ein Markstein werden in der Geschichte des Schuhmacherhandwerks, möge sie dazu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719290409-15/fragment/page=0003

beitragen, den ehrbaren Schuhmacherstand vor der Vernichtung zu bewahren. Als das deutsche Handwerk blühte, blühte auch das deutsche Land.

Gräfenhainichen, 8. April. Stadtverordnetenwahl-Sieg der Bürgerlichen. Am Sonntag, den 7. April, fand hier die Neuwahl der Stadtverordneten statt, nachdem die Stadt seit Monaten überhaupt kein Parlament mehr hatte. Vor einigen Jahren waren die Bürgerlichen ausgetreten und am Ende des vorigen Jahres hatten auch die Linksstehenden ihre Mandate niedergelegt. Vorbereitende Versammlungen in den letzten Wochen galten einer heftig auftretenden Propaganda. Der Wahlausschuß der Einheitsliste (bürgerlich) konnte für sich den stärksten Besuch erbuchen. Stärker denn sonst setzte auch die Zeitungsreklame ein. Nun sind am Sonntag die Würfel gefallen. Von den 2927 wahlberechtigten Stimmen wurden abgegeben: Kommunistische Patei 324 (1924 640), Sozialdemokratische Partei 396 (312), Einheitsliste 1361 (657), Demokratische Mittelstandsliste 149 (158) (Beamte). Hiernach verteilen sich die Sitze im Stadtverordnetenkollegium: Kommunisten 2 Sitze, Sozialdemokraten 2, Einheitsliste der Bürgerlichen 10, Demokratische Liste 1.

Bitterfeld, 2. April. Der Bahnhof wird umgebaut. Die Reichsbahndirektion Halle hat sich zu einem großzügigen Umbau des Bahnhofs Bitterfeld entschlossen. Die Ausgaben für diesen Umbau werden sich auf 30 Millionen belaufen. Die gesamte Gleisanlage soll um 80 cm gehoben und ein vierter Bahnsteig hinzugefügt werden. Auch das Bahnhofsgebäude soll eine Erweiterung erfahren. Der Güterbahnhof wird an die entgegengesetzte Seite der Bahnhofsanlagen verlegt werden. Die zu diesem Umbau nötigen Mittel werden gänzlich von der Reichsbahn aufgebracht werden. Der Bau wird, wenn irgendmöglich, schon im kommenden Frühjahr begonnen werden.

Greudnitz, 2. April. Der Leichnam des Frl. Schulze, die den Freitod in der Elbe gesucht hatte, wurde bei Magdeburg gefunden und geborgen. Auf dem hiesigen Friedhof fand die Beerdigung statt.

Brösa. Die kleinste Schule in der Umgegend ist wohl die hiesige Dorfschule, denn von Ostern ab zählt diese Volksschule im ganzen nur 5 Kinder.

Magdeburg, 2. April. Im Dezember vorigen Jahres war die Gemeindekasse von Westeregeln dreimal hintereinander ausgeraubt worden. Es gelang damals nicht, den Täter zu ermitteln. Als dann am 25. März im Rathaus zu Westeregeln dreimal Brände ausbrachen, von denen festgestellt wurde, daß sie durch Brandstiftung verursacht worden waren, brachte man sie mit der dreimaligen Ausraubung der Gemeindekasse im Dezember im Zusammenhang. Es stand fest, daß nach Art der Ausführungen nur ein völlig mit den Verhältnissen vertrauter Mann der Täter sein konnte. Nunmehr ist der Amts- und Gemeindevorsteher Körtge als der Taten, sowohl der Beraubung, als auch der Brandstiftung, verdächtig, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Halberstadt übergeführt worden.

Eisenach. Der Friedhofswärter und Kirchensteuererheber Sachs in Dorndorf erhielt dieser Tage die Mitteilung, daß ihm ein Vetter, der in Brüssel lebte, den Betrag von 1 140 000 RM. hinterlassen habe. Nach dem Abschluß der Formalitäten soll das Geld sofort ausgezahlt werden.

Salzwedel. Im Gymnasium ereignete sich beim Chemieunterricht ein schwerer Unglücksfall. Ein Schüler schlug einem anderen eine Flasche mit Höllensteinlösung aus der Hand, weil ihm der starke Geruch nicht behagte. Der Inhalt der Flasche spritzte einem in der Nähe sitzenden Schüler aus Lagendorf ins Gesicht und verätzte ihm dieses vollständig.

Turnen, Spiel und Sport.

Am letzten Sonntag weilte die 1. Handball-Mannschaft des MTV. in Jessen, um gegen die gleiche vom dortigen Turnverein das fällige Verbandsspiel auszutragen. Da Annaburg mit drei Mann Ersatz antreten mußte, war sie dem Gegner nicht gewachsen. Die Läuferreihe versagte vollständig, sodaß der Sturm keine Unterstützung in derselben fand. Während die Verteidigung blendend arbeitete, stand der Tormann gleichgültig in seiner „Kiste" und ließ selbst die einfachsten Bälle durch. Nach flottem Spiel unterlag Annaburg mit 1:9 (1:4). Das Ehrentor wurde vom Rechtsaußen (Jäger) unhaltbar eingesandt — Da der Schiedsrichter aus Herzberg nicht erschienen war, konnte das Spiel nur als Freundschaftsspiel angesehen werden.

Markt-Kalender.

10. April: Schweinemarkt in Herzberg.

Oberförsterei Thiergarten

verkauft am **Freitag, den 12. April 1929,** ab **9 Uhr,** im **„Waldschlößchen"** zu **Annaburg** gegen mündl. Meistgebot aus dem Einschlag 1928/29.

Försterei Heidemühle, Jagen 8 b, 7 b, 6 c, 5 b, 5 c, 5 d, 4 d, Kiefer: Langholz u. Abschnitte Kl. 1 b/3 a mit 72,34 fm, 68 rm Kloben, 66 rm Knüppel.

Försterei Frauenhorst, Jagen 32 b, Eiche: Stämme Kl. 1/2 mit 7,68 fm, Birke und Erle: Stämme 1./2. Kl. mit 3,24 fm. Kiefer: Langh. u. Abschn. 2 a/4 a mit 31,33 fm.

Försterei Zschernick, Jagen 87 b, Kiefer: Langh. 1 b/2 b mit 9,16 fm.

Försterei Arnsnesta, Jagen 95, 80 c, 80 b, Kiefer: Langh. 1 b/3 b mit 20,59 fm, 43 rm Kloben, 6 rm Reis I.

Försterei Meuselko, Jagen 124, 125, 109 c, 141 a, 140 c, Birke: 1 Stamm III. mit 1,13 fm, Kiefer: Langh. u. Abschn. 1 b/3 b mit 104,23 fm, 16 rm Kloben, 8 rm Reis I., 20 rm Reis II.

Försterei Thiergarten, Jagen 137 a, S. H. Jag. 118/156, Eiche: 2 rm Knüppel. Birke: 50 Stangen I., 7 rm Kloben, 2 rm Knüppel. Erle: 2 rm Knüppel. Kiefer: 50 Stangen I, 296 rm Kloben, 152 rm Knüppel, 70 rm Reis II.

Försterei Brandis, Jagen 174 a, 170 b, 162, S. H. Jag. 163/180, Eiche: 1 Stamm III. mit 0,18 fm, Birke: 3 Stämme I. und II. mit 0,86 fm, 2 rm Kloben. Kiefer: Langh. u. Abschn. 1 b/3 a mit 6,09 fm und die bestellten Lose, 87 rm Kloben, 115 rm Knüppel, 147 rm Reis II., 20 rm Reis III. Kl.

Aenderungen vorbehalten. Zahlungen werden im Termin angenommen. Nutzholz beginnt.

Oberförsterei Thiergarten.

Auf die am **19. April 1929** stattfindende **Submission,** bekanntgegeben im **„Holzmarkt"** Berlin, wird aufmerksam gemacht.

Zwangsversteigerung.

Am **Mittwoch, den 10. April 1929** vormittags von **11 Uhr** ab versteigere ich in **Annaburg**

1 Registraturschrank, 2 Jalousieschränke, 1 Schreibtisch mit Sessel, 1 Bücherschrank, 1 Gramophon mit 50 Platten, 1 Patentzeichentisch, 1 Fabrikkontrolluhr, 1 Schreibmaschine (Ideal) mit Tisch und 1 Tonwalzwerk

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. Sammelplatz Gasthof zum goldenen Ring. Der Verkauf findet voraussichtlich statt.

Gallo, Ober-Gerichts-Vollz. in Prettin.

Akkumulatorensäure

ist wieder eingetroffen. **J. G. Fritzsche.**

Weißstückkalk

frisch am Lager!

Zement trifft dieser Tage, voraussichtlich **Mittwoch** den 10. April, ein.

Wilhelm Kunze.

Gemüse- und Blumensamen

in hochkeimfähiger Ware empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Maurer-, Zimmer- und Tischlerarbeiten

Zeichnungen und Kosten-Anschläge kostenlos und unverbindlich.

Nur solide Ausführung!

Groß-Einkauf aller Baustoffe und bestgepflegte Holzvorräte

Erzeugung vom Baumstamm im Walde bis zum Fertigprodukt ermöglichen besonders **günstige** Preisstellung.

Fordern Sie mein Angebot, es verpflichtet Sie zu nichts!

Wilhelm Kunze.

Universal-Geschäftsbücher

für **kleine Gewerbetreibende** empfiehlt

Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Sämtliche Bau-Artikel:

Eiserne Träger und Säulen,

letztere auch nach Maßangabe in allen Stärken werden **sofort** angefertigt.

Front- und Grabgitter, Eiserne Fenster und Oberlichte, Türen und Torwege

vom Lager und nach Maß.

Eiserne Dachbinder, sämtl. Ofenbau-Artikel, Tonrohre.

Eiserne Pumpen mit Rohr und Sauger, sowie **komplette Wasserleitungen.**

Stallgitter für Schweineställe, **Schweineträge :: Krippenschaien.**

Wilhelm Grahl.

Baumscheren, Baum-, Bügel-, Hand- und Schrotsägen, Gärtnerspaten, eis. Gartenrechen Dünger-, Kohlen-, Kartoffel- u. Rübengabeln, Guanostreukörbe Jauchenschöpfer empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Das ist der Vorteil meiner Waren,
Hier kann man schon im Einkauf sparen.
Da braucht man nicht zu überlegen,
Im Einkauf liegt der wahre Segen.

Schlosser-Anzüge, Arbeitshosen

auch nach Maß

Strickjacken, Untertaillen, Unterhosen

Kleiderseiden in Resten

Strümpfe in Makko — Waschseide — Bemberg-Seide — Silber

sowie ein Posten sehr preiswerte **Sommer-Schlüpfer**

Oswin Hofmann, Talstr. 2 beim Schloß

Polizeiliche An- und Abmeldescheine

sind vorrätig in der **Buchdruckerei H. Steinbeiß.**

Tüchtiges, sauberes Mädchen

für sofort gesucht.

Frau Malmedé, Jessen (Elster).

Suche freundlich., fleißiges **Mädchen**

für kleinen Geschäftshaushalt. Mit **Nähkenntnissen** bevorzugt.

Frau Brenne, Jessen (Elster).

Suche zum **1. Mai** ein ehrliches, fleißig., anständig. **Mädchen.**

Gasthof „Neue Welt".

1—2 Schlafstellen

zu vermieten

Mittelstr. 3 pt.

Bruteier-Kauf ist Vertrauenssache

Von unsern **300** Hühnern haben wir durch genaue Fallennest-Kontrolle die allerbesten Leger festgestellt und **nur von diesen** verkaufen wir **Bruteier.**

Allerbeste Befruchtung, sorgfältigste Behandlung der Eier, daher die vorzüglichen Schlupfergebnisse.

Weiße Leghorn St. 30 Pf.
Rhodeländer Stck. 30 Pf.

Baumschule Naundorf, bei **Annaburg.**

Kieler Fett-Bücklinge
Kieler Sprotten

sowie **feinste Räucherlachsheringe**

empfiehlt

Arthur Hönemann

Markt 19.

Hering in Gelée
Kronensardinen
Rollmops und Bratheringe

empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Feinsten aromatischen Röstkaffee

sowie **coffeinfreien Kaffee „Hag"**

empfiehlt

Arthur Hönemann

Markt 19.

ff. Pumpernickel

empfiehlt

Arthur Hönemann

Markt 19.

Zum Schulanfang

halte alle in den hiesigen Schulen gebräuchlichen

Schulbücher,

Schreib- und Zeichenhefte

und sonstige **Schulbedarfsartikel** vorrätig.

Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

Palast-Theater

Dienstag bis Donnerstag Beginn: 20.30 Uhr:

bringen wir ein sehr gutes, spannend. Doppelprogramm:

„Prinz auf 24 Stunden".

Die Erlebnisse eines Fassadenkletterers in 6 Akten.

Spannend und hochinteressant von Anfang bis zu Ende:

„Der Todesreiter von Arizona".

Mit **Big Boy Williams,** Amerikas gefeiertsten Cowboy in 5 Akten.

Ein Programm, welches gesehen zu werden wert ist.

Benutzen Sie bitte die Vorzugskarten welche auch ab Dienstag bis Donnerstag unentgeltlich im Geschäft von Herrn Th. Schunke abgegeben werden.

Gasthof Neue Welt.

Mittwoch, den 10. April

großes Schlachtefest.

Von 10 Uhr ab: **Wellfleisch.**

Freundlichst ladet ein **Julius Hoppe.**

Pa. Rotklee
Schwedenklee
Luzerne
Seradella
Wiesenmischung
Timothe
Lobbericher Mohrrüben
gelbe Eckendorfer
Riesenwalzen
Reygras

empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Oetker's Schulkochbuch,

neueste Auflage, empfiehlt

Arthur Hönemann

Markt 19.

Arbeitsbücher

sind zu haben bei

Herm. Steinbeiß.

Kyffhäuser-Jugendgruppe

Donnerstag, d. 11. April abends 8 Uhr

Versammlung.

Bürger-Schützen-Verein e. V.

Donnerstag, d. 11. April abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

bei Kam. **Müller** (Bürgergarten). **Der Vorstand.**

Frauen-Verein Frauenhilfe.

Mittwoch, d. 10. April nachmittags 3 Uhr

Zusammenkunft

im „Waldschlößchen".

Der Vorstand.

Annaburger Landwehr-Verein.

Die am Sonnabend bekannt gegebene Versammlung findet **Sonntag, den 14. April,** 20 Uhr, im **Gasthof zur Weintraube** (bei Kam. Kase) statt.

Anträge von Bedeutung sind bis zum **10. d. Mts.** schriftlich beim Vorstand einzureichen.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719290409-15/fragment/page=0004

Der Saatenstand in Preußen Anfang April

Statistische Angaben.

Die Witterung im Winter und Frühjahr war durch einen Frost gekennzeichnet, wie er an Stärke und Dauer in Deutschland seit Jahrzehnten nicht vorgekommen war. Er dauerte von Mitte Dezember bis Mitte März. Von da an stiegen die Tagestemperaturen zwar durchweg über den Eispunkt, die Nachtfröste waren aber fast überall noch ziemlich stark, in Ostpreußen bis zu minus 10 Grad.

Über die Schädigungen der Wintersaaten ist sehr unterschiedlich berichtet worden. In Ostpreußen, Pommern und der Grenzmark wurde zumeist ein Urteil nicht abgegeben. Auch aus den übrigen Provinzen wurde oft berichtet, daß sich die Schäden noch nicht übersehen ließen. Im allgemeinen wird jedoch angenommen, daß die Auswinterung trotz des strengen Frostes infolge der guten Schneedecke in normalen Grenzen bleibt und jedenfalls geringer als befürchtet sein dürfte. Die Überwinterung der Saaten, Futterpflanzen und Wiesen ist, soweit eine genügende Schneedecke vorhanden war, gut, schlecht dagegen, wo diese fehlte. Im Osten konnte der Stand der Überwinterung wegen der noch liegenden Schneedecke zumeist noch nicht beurteilt werden, anscheinend seien die Saaten gut durch den Winter gekommen. In den übrigen Provinzen, außer den Kahlfrostgebieten Westfalens und der Rheinprovinz, wurde die Überwinterung fast durchweg als gut bezeichnet. Die Überwinterung der Kartoffeln war im allgemeinen nicht gut; in Mieten und Kellern sind große Mengen erfroren, da bei der Anlegung der Mieten mit so strenger Kälte nicht gerechnet worden war. Die Größe des Verlustes bewegt sich in der Regel zwischen 10 bis 30 und 50 Prozent, im Osten sollen mehrfach 60 und 70 Prozent erfroren sein.

Durch den langen Winter ist die Frühjahrsbestellung sehr verzögert worden. Im Osten wird sie nicht vor Mitte April, teilweise sogar erst Ende April beginnen können. Auch in den mittleren Provinzen hatte sie Ende März fast durchweg noch nicht begonnen, nur auf leichten und sandigen Böden war vereinzelt mit dem Pflügen und Hafersäen angefangen worden.

Nach den Begutachtungsziffern werden zwar sämtliche Winterfrüchte, einschließlich Klee, schlechter beurteilt, als zu Anfang Dezember 1928, doch haben sie sich gegenüber April 1928 mit Ausnahme von Spelz, Gerste und Rieselwiesen sämtlich verbessert.

Kaufenthaltung der hannoverschen Landwirte.

Aufforderung des Vorstandes.

Der Vorstand des Hannoverschen Landbundes hat sich auf einer von ihm abgehaltenen Sitzung mit den von der Vertrauensmännerkonferenz des Bundes festgesetzten Richtlinien beschäftigt, die das Landvolk zu weitgehenden Sparmaßnahmen auffordern. In der Erklärung des Vorstandes heißt es: Das Landvolk ist unter allen Umständen gewillt, seine Scholle zu erhalten und sieht sich darum genötigt, zur Selbsthilfe zu greifen. Entscheidend für die Lage der Landwirtschaft ist das Mißverhältnis zwischen den Preisen, die die Landwirtschaft für ihre Bedarfsgegenstände bezahlen muß und die sie für ihre Erzeugnisse erhält. Dadurch entsteht eine Verlustwirtschaft, die letzten Endes zu einem Verlust der Scholle führen muß. Darum wird das Landvolk aufgefordert, sich in Zukunft aller Einkäufe des täglichen Bedarfs, wie auch der Einkäufe von künstlichem Dünger zu enthalten. Nur auf diese Weise kann das Landvolk den Verhältnissen Rechnung tragen, die ihm aufgezwungen worden sind. Der Vorstand des Landbundes betont schließlich, daß dieses Vorgehen keinen Käuferstreik bedeute. Die Landwirtschaft wolle sich nur als Grundlage der übrigen Volkswirtschaft erhalten.

Unterzeichnet ist die Erklärung von den Herren Cord Cordes-Kirchlinteln, Freiherrn von Hammerstein-Loxten und Wöhler-Ahlten.

Zusammenbruch einer landwirtschaftlichen Verwertungsgesellschaft.

Ein Schädling der Tabakbauern.

Der Zusammenbruch der von dem inzwischen verstorbenen Fabrikanten Kieser gegründeten Unternehmungen, der Badischen Tabakbau- und Verwertungs-A.-G. in Kork bei Kehl und der Badischen Obst- und Weinbrennereien A.-G. in Achern, hat viele Tabakbauer und Landwirte im sogenannten Hanauer Ländchen in Mitleidenschaft gezogen, die ihre Barmittel in Aktien der Unternehmungen angelegt hatten. Die Tabakpflanzer haben außerdem an ihnen durch den Konkurs entgangenen Nachzahlungen auf die letzte Ernte und an von ihnen erhobenen Beiträgen für eine Tabaksmarkthalle, die niemals ausgeführt wurde, soweit bisher festgestellt werden konnte, noch etwa zwei Millionen Mark verloren. Ebenso sind die Landwirte geschädigt, die Kieser zu Interessengemeinschaften zusammenschloß, deren Hilfsmittel und Beiträge er im wesentlichen für seine eigenen Interessen eingesetzt haben soll.

Wie erinnerlich, hat der Zusammenbruch der Unternehmungen Kiesers, der zu seinen Lebzeiten als Millionär und angesehener Großkaufmann galt, den Inhaber des Bankhauses Scheer in Kehl, Georg Scheer, der mit Kieser in Geschäftsverbindung stand, zum Selbstmord veranlaßt.

Reichspräsident v. Hindenburg als Patenonkel.

Der 42jährige Kaufmann Herzfiell ließ von seinen 13 Kindern an einem Tage 7 im Alter von ½ bis 14 Jahren in der Dorfkirche in Hohenschönhausen-Berlin taufen. Beim jüngsten Kinde war Reichspräsident von Hindenburg Taufpate. Unser Bild zeigt: Frau Herzfiell, die Mutter der sieben Täuflinge Herbert, Werner, Irma, Willi, Gerda, Ruth, Gertrud, beim Verlassen der Kirche.

Viel Geld auf einmal sparen

ist schwer! Aber Sie können leicht regelmäßig einen kleinen Betrag zurücklegen und auf die Girokasse bringen. Bedenken Sie: Viele Wenig, machen ein Viel!

12-0

Girokasse der Gemeindesparkasse Annaburg

Sängerfahrten.

Besuch eines amerikanischen Frauenchors in Deutschland.

Der Amerikanische Frauenklub in London veranstaltete zu Ehren des auf seiner europäischen Rundreise dort eingetroffenen Dayton Westminster Chor aus Dayton (Ohio) einen Empfang. Der 60 Köpfe starke gemischte Chor wird in der Londoner Albertha11 ein Konzert geben. In der Zeit vom 17. April bis 18. Mai wird der Chor in Köln, Dortmund, Berlin, Hamburg, Hannover, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M., Heidelberg, Wiesbaden, Mannheim und Baden-Baden singen. Das Konzert in Berlin findet am 20. April unter den Auspizien des Vereins Berliner Presse statt.

Deutschbaltische Sängerfahrt.

Die Rigaer Zeitungen bringen lange Berichte über die freundliche Aufnahme, die den deutschbaltischen Sängern bei ihrer Ostpreußenfahrt in Eydtkuhnen, Insterburg und Königsberg zuteil wurde. In den Berichten wird unterstrichen, daß durch alle Festreden deutlich das gemeinsame Bekenntnis zur deutschen Kulturgemeinschaft klang. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß sich solche Gastfahrten wiederholen möchten.

Ein Vorkämpfer des Automobils.

Dr. Karl Benz gestorben.

In Ladenburg starb im Alter von 84 Jahren der Erfinder des Starkmotors und Gründer der Benz-Werke in Mannheim, Dr. Karl Benz.

Karl Benz wurde am 25. November 1844 in Karlsruhe als Sohn eines Lokomotivführers geboren. Dortselbst besuchte er das Gymnasium und das Polytechnikum und machte eine praktische Lehrzeit als einfacher Arbeiter bei der Maschinengesellschaft durch. Schon seit Jahren erfüllte ihn der Gedanke, ein Fahrzeug zu bauen, das sich auf allen Straßen mit eigener Kraft bewegen könne. 1878 gelang ihm die Konstruktion des Zweitaktmotors. Bei Errichtung der neuen Firma Benz u. Cie., Rheinische Gasmotorenfabrik, gestatteten ihm die Teilhaber auch den Motorwagenbau, doch wurde ausdrücklich bemerkt, daß die darauf aufgewandten Kosten „als verloren angesehen werden sollten". Dennoch gelang es Karl Benz, 1885 seinen ersten dreirädrigen Motorwagen in Gang zu bringen, der heute im Deutschen Museum in München steht. Trotz vieler Mißerfolge, trotz Spott und Hohn hielt Benz zäh an seinem Gedanken fest, der zwar nicht in Deutschland, desto mehr aber im Ausland Beachtung gefunden hatte. 1888 wurde ein Benzwagen erstmalig öffentlich in München ausgestellt und mit der Goldenen Medaille ausgezeichnet. Zum 70. Geburtstag wurde Karl Benz von der Technischen Hochschule in Karlsruhe zum Ehrendoktor promoviert.

Skandal im Schlachthof.

Handel mit Fleisch kranker Tiere.

Zu den bisherigen Skandalen im Leipziger Schlachthof ist jetzt ein neuer getreten, der alles bisher Dagewesene übertrifft. Es sind sechs Gehilfen im Schlachthof festgenommen worden unter der Beschuldigung, sie hätten Lebern und Därme von kranken Tieren, die beschlagnahmt werden sollten, an Fleischer zum Verbrauch weiterverkauft. Dabei handelt es sich um Mengen von etwa 75 Lebern in der Woche. Dem Veterinärrat Berthou, der schon längere Zeit festgenommen ist, war dieses Treiben nicht nur bekannt, sondern er hat es auch wissentlich gefördert.

Schluß der Inseratenannahme

vormittags 8 Uhr.

Größere Inserate erbitten jedoch schon tags vorher bis spätestens nachmittags 3 Uhr.

Der gerade Weg

ROMAN von JULIA JOBST

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(35. Fortsetzung.)

Nein, die Jette war nicht für das Einfache, bei der mußte alles knistern und rauschen. Kostbare Spitzen und schimmernde Seide und darunter duftige Röcke. Ach diese Wäsche, so etwas hatte Jette noch nie unter den Händen gehabt.

Ob der Anton noch herüberkam, sie hatte ihm so viel zu erzählen. Langsam ging sie den Weg am Graben entlang zurück, denn sie wollte dem Herrn nicht begegnen. Da lag der breite Fahrweg vor ihr, der durch den Park führte. Ob ihr Schatz schon unterwegs war? Sie ging einige Schritte hinein, er lag taghell im Mondschein vor ihr, so daß sie ihre Furcht überwand.

Da sprang plötzlich ein Mann aus dem tiefen Schatten der Bäume hervor. Jette wollte schreien, doch des Burschen Mund schloß ihre Lippen, ehe ein Laut zu hören war. Sie fühlte es an dem Griff, daß es Volkmann war, und ließ sich willig von ihm fortziehen aus dem verräterischen Licht in das schützende Dunkel.

10.

Anna Bagewitz lag im Langstuhl auf der Terrasse und blickte gelangweilt in die bunte Welt. Nun war sie schon drei Monate in Altenwerder und hatte mit Talent und viel Glück die Schloßfrau gespielt. Den Kammerherrn hatte sie ganz für sich gewonnen, und damit war viel erreicht.

Anna lachte leise vor sich hin, wenn sie all der Mittelchen gedachte, die sie zu dem Zweck angewandt hatte. Er aß nur die belegten Schnittchen aus ihrer Hand, sie mußte ihm den Toast rösten und den Tee bereiten, sowie abends den letzten Trunk.

Wie grimmig der alte Diener da zuschaute. Ja, das war freilich etwas anderes, wenn die junge Frau ihre üppige Schönheit in wunderbaren Toiletten vorführte und zum Diner nur in Gesellschaftstoilette erschien. Friedrich Wilhelm war es recht gewesen, daß sie die späte Essenszeit einführte, und in dem alten Herrn war eine liebe Erinnerung wach geworden, denn seine Eltern hatten es auch so gehalten.

Nachher blieb man zusammen in dem großen Wohnzimmer, das an das Zimmer des alten Herrn stieß. Dann begann eine Marter für Anna, denn sie mußte den alten Herrn unterhalten, selten half Friedrich Wilhelm dabei. Er benutzte diese Stunden, ungalanterweise, wie sie es in des Kammerherrn Gegenwart nannte, um die Zeitungen zu lesen. Die zweite Post kam diesem seinem Wunsch entgegen, da sie gleich nach dem Diner eintraf.

So fiel denn der jungen Frau der ganze Anteil an der Unterhaltung des Kammerherrn zu, der zusehends alterte. Sie mußte neben ihm sitzen, wenn er endlose Patiencen legte, sie spielten Pikett miteinander, oder er erzählte Erlebnisse aus der Vergangenheit. Er war seinerzeit ein berühmter Causeur gewesen, jetzt hatte er die Weitschweifigkeit des Alters. Anna kannte all die Personen nicht, und deren Schicksale interessierte sie nicht. Das Liebste war ihr, wenn sie aufgefordert wurde zu spielen. Dann war sie in ihrem Element und trug zum Ergötzen des alten Herrn ganze Operetten vor und sang mit kleiner, aber sehr schmiegsamer reiner Stimme den Text dazu.

Doch weiteres Publikum fehlte. Friedrich Wilhelm verließ dann meist unter einem Vorwand das Zimmmer und zog sich zur Arbeit zurück. Er arbeitete überhaupt immer, außer in den Stunden, die seinem Knaben gehörten. Er umgab sich mit der Arbeit wie mit einer Mauer, und traf es sich zufällig, daß er mit seiner Frau allein war, so hatte er gewiß ein Buch zur Hand.

Sie hatte all ihre Künste versucht, sie spielte die Weiche, Hingebende, die Vernachlässigte, die Beleidigte, alles glitt an ihm ab, und eines Tages, als sie ihn in seinem Arbeitszimmer auf der Kanzlei überfiel, erklärte er ihr offen, daß sie es lernen müsse, sich nicht aufzudrängen. Schaudernd hatte Friedrich Wilhelm bald nach seiner Vermählung erkannt, daß jedes Band zwischen ihm und Anna fehlte. Jetzt, wo sie sich ganz als die gab, die sie war, entglitt er ihr mit jedem Tag mehr. Kaum, daß sie sich in solchen Stunden, in denen ihre Schönheit die sinnliche Leidenschaft des Mannes weckte, zu einem kurzen Rausch zusammenfanden.

„Nun, was gibt es, Jette," rief sie der Jungfer entgegen, die auf der Terrasse erschien, der mit der Orangerie jeder Schmuck geraubt war. Nur einige Pflanzengruppen umstanden noch die Sitzplätze.

„Ich soll diesen Herrn melden, gnädige Frau."

Kaum hatte Anna einen Blick auf die Karte geworfen, als sie rief: „Graf Hachfeld? Führen Sie den Grafen in den Salon, Jette. Doch nein, es ist so schön hier, geleiten Sie den Herrn Grafen hierher."

„Sehr wohl, gnädige Frau."

„Wo ist der Herr?"

„Der gnädige Herr ist ausgeritten und der Herr Kammerherr halten sein Mittagsschläfchen."

„Servieren Sie uns später einen kleinen Imbiß im Zelt, eine warme Vorspeise."

„Sehr wohl, gnädige Frau."

Anna blickte um sich, als sähe sie die Großartigkeit ihrer Umgebung zum erstenmal. Ein vornehmer Geschmack hatte hier gewaltet, nichts drängte sich vor, alles war scheinbar schlicht, aber alles hatte einen Zug ins Große. Auch die Menschen! Der Kammerherr, ihr Mann und Susanne nicht zu vergessen.

Vielleicht war es das, was ihren kleinlichen Sinn so bedrückte. Sie vermochte nicht, festen Fuß zu fassen, denn sie konnte sich niemals zeigen, wie sie wirklich war.

Sie warf einen Blick an sich herunter. Das einfache weiße Wollkleid, mit dem kleinen Spitzenjabot und den schimmernden koftbaren Schmucknadeln stand ihrer schlanken und doch schon zur Fülle neigenden Gestalt vorzüglich. Ein origineller Hut mit vielem Rot umrahmte mehr die pikante dunkle Schönheit ihres Kopfes, als daß er sie deckte. Sie gab ihm noch einen kleinen Ruck, und dann erhob sie sich langsam, als der Besucher sichtbar wurde.

Mit raschen, elastischen Schritten kam der Graf auf sie zu, man sah ihm den Fünfziger nicht an, so gut verstand er es, sich zu konservieren. Die Begrüßung war sehr formell, aber von seiner Seite schon mit dem Unterton von Vertrautsichkeit. Es lag in seinem Blick, in dem Zwinkern seiner Augen, dem Lächeln, das ganz versteckt in den Mundwinkeln lag. Alles das sagte: „Wir und die Wronka kennen uns doch ganz genau, wann sie sich auch darin gefällt, in diesem Augenblick die grande dame zu spielen.

„Ich bin ganz entzückt, daß ich Sie zu Hause treffe, gnädige Frau."

„Leider ist Bagewitz ausgeritten."

„Aber vielleicht habe ich das Vergnügen, die Bekanntschaft des Kammerherrn zu erneuern?"

„Er schläft augenblicklich, aber wenn wir gefrühstückt haben — — —"

„Ach, Sie sind zu gütig. Wenn ich meinen Besuch so lange ausdehnen darf."

„Wir sind hier noch ganz patriarchalisch, und so nehme ich an, daß jeder Gast, der hier eintritt, nicht eher das Schloß verlassen darf, als bis er mit uns Brot und Salz genossen hat."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719290409-15/fragment/page=0005

Lokales und Provinzielles.

— **Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit.** Nachdem der Eintritt milderer Witterung die Aufnahme der Außenarbeiten in gewissem Umfang ermöglicht hat, zeigt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit am 15. März dieses Jahres zum ersten Male wieder einen Rückgang. Sie betrug an diesem Tage insgesamt 2 324 545 gegenüber 2 460 760 am 28. Februar d. J. Das bedeutet eine Abnahme von 136 215 Personen oder 5,5 Prozent. Die Krisenunterstützung weist demgegenüber zum gleichen Stichtag eine Steigerung von 161 493 auf 177 343 Hauptunterstützungsempfänger, also um 15 850 oder 9,8 Prozent auf. Die Zunahme ist bei Männern und Frauen ungefähr gleich.

— **Erziehungsbeihilfen bis zum vollendeten 24. Lebensjahr** können, was erfahrungsgemäß weithin nicht bekannt ist, wie die verhältnismäßig geringe Zahl der Bewerbungen beweist, an Kriegerwaisen verliehen werden, sofern sie bedürftig sind und die Beihilfen zum Besuch gehobener Schulen oder zur Berufsbildung benötigt werden. Für diesen Zweck hat die Reichsregierung seit Frühjahr 1928 jährlich 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Anträge sind an die zuständige amtliche Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene zu richten. Außerdem können auch noch aus sozialen Mitteln Ergänzungsbeihilfen zur Berufsbildung gewährt werden, wofür das örtliche Wohlfahrtsamt zuständig ist.

— **Die Fahrpreise für die Feriensonderzüge.** Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat mitgeteilt, daß die in die Feriensonderzugsfahrpreise eingerechnete Fahrpreisermäßigung bei der Tarifänderung im Oktober 1928 von 33⅓ auf 10 v. H. für Hin- und Rückfahrt herabgesetzt worden ist. Gleichwohl werden die Fahrpreise für die Feriensonderzüge, abgesehen von gelegentlichen, geringfügigen Abweichungen gegen das Vorjahr unverändert bleiben, weil zugleich mit der Herabsetzung der eingerechneten Fahrpreisermäßigung auch eine Senkung der Grundpreise stattgefunden hat.

Großtreben, 4. April. Vor unabsehbaren Schaden bewahrt wurde unsere Gemeinde durch geistesgegenwärtiges Handeln des Rittergutsinspektors Wiesand-Großtreben. An der Rißschleuse im Elbdamm war, vermutlich von Bubenhand, ein starker Knüppel zwischen das Tor geklemmt worden, so daß sich dieses nicht schließen konnte und daß hereinströmende Wasser die Aecker überflutete. Rasche Hilfe war notwendig, wenn außerordentlicher Schaden vermieden werden sollte. Kurz entschlossen entkleidete sich Inspektor Wiesand, sprang ins Wasser und arbeitete, bis übers Kinn im eiskalten Wasser stehend, ¾ Stunden, bis er endlich das Hindernis beseitigt hatte und das Tor sich schließen ließ. Durch diese Tat, durch die die Gemeinde Großtreben vor größtem Schaden bewahrt blieb, hat sich Inspektor Wiesand um die Gemeinde hochverdient gemacht.

Grabo b. Belzig, 2. April. Der Schweizer des hiesigen Gutsbesitzers Otto Braesigke borgte sich ein Motorrad und fuhr damit los. Als noch unsicherer Fahrer verlor er die Gewalt über das Rad und sauste mit voller Wucht gegen einen Stallgiebel. Der Schweizer war sofort tot, das Rad ging in Trümmer.

Herzberg, 3. April. Im Schlamm steckengeblieben. Allenthalben ist nach dem harten Winter der Boden aufgeweicht und fast unpassierbar. Der Landwirt hat daher oft rechte Schwierigkeiten bei dem Befahren der Felder und leicht versinken Pferd und Wagen im tiefen Schlamm. Ein solches Mißgeschick passierte dem Arbeiter eines hiesigen Getreidehändlers, der auf dem Felde zu tun hatte; er blieb mit einem Pferde stecken und dieses sank bis zur Bauchhöhle ein. Sieben Leute mußte zur Hilfe herangezogen werden, ehe das Tier aus seiner unglücklichen Lage befreit werden konnte.

Torgau. Der Brückenzoll röckelt immer weiter ab. Seit dem 1. April brauchen nun auch die Radfahrer keinen Zoll mehr zu entrichten, nachdem bereits vor Jahresfrist etwa der Autoverkehr frei geworden ist. Brückengeldpflichtig sind jetzt nur noch die Fuhrwerke, und diese auch nur zum Teil, da die meisten die Brücke benutzenden Fuhrwerke solchen Besitzern gehören, die seinerzeit am Brückenbau geldlich beteiligt waren und die ihnen deswegen gewährten Vergünstigungen heute noch Gültigkeit haben. Für den Brückengelderheber bedeutet die neue plötzlich gekommene Verfügung natürlich einen erheblichen Einnahmeausfall, und es dürfte wohl nur eine Frage kurzer Zeitspanne sein, bis er ganz aus dem für ihn nicht mehr lohnenden Pachtvertrag austreten wird. Vom Standpunkt des öffentlichen Interesses ist die Aenderung natürlich nur zu begrüßen.

Tröbitz, 4 April. Gestern nachmittag gegen ½2 Uhr ereignete sich im Trockenraum der Brikettfabrik der Grube „Hansa" eine schwere Kohlenstaubexplosion. Die im Trockenraum lagernde Rohkohle geriet sofort in Brand. Von der Belegschaft wurden 11 Mann verletzt, darunter 2 sehr schwer, 3 weniger schwer und die übrigen leichter. Alle Verletzten haben Brandwunden davongetragen. Einer der Verletzten konnte nach Anlegung des Verbandes nach Hause entlassen werden, während alle anderen sofort zum Krankenhaus Klettwitz abtransportiert wurden.

Eilenburg. In der Rödgener Straße war kürzlich eine wenig erfreuliche Szene zu beobachten. Zwei Frauen, die in Streit geraten waren, zankten sich. Plötzlich ergriff die eine ein gußeisernes Gasrohr und verprügelte ihre Gegnerin damit, so daß diese jetzt das Bett hüten muß.

Zschornewitz, 28. März. Zur Durchführung der Erweiterungsbauten des Großkraftwerkes Zschornewitz sind 2000 Bauarbeiter eingestellt worden.

Dresden, 2. April. Am Ostersonntagabend wurde ein 15 Jahre alter Schüler von einem Mann mit dem Spazierstock erschlagen, da er auf dem Nachhauseweg mit einer Taschenlampe einen dunklen Weg beleuchtete, auf dem der Mann mit einer Frauensperson stand. Der Täter wurde festgenommen.

Nah und Fern

○ **Brave Seeleute.** Die chilenische Regierung hat der Hamburg-Amerika-Linie Dank und Anerkennung für die aufopfernde Hilfs- und Rettungstätigkeit der Besatzung des Hapagdampfers „Adolf von Bayer" bei dem Brande in der nordchilenischen Hafenstadt Caleta Buena aussprechen lassen. Caleta Buena geriet am 10. Februar in Brand. Sofort nach Ausbruch des Feuers sandte der Kapitän des Hapagdampfers, der damals im Hafen ankerte, drei Offiziere und 35 Mann der Besatzung an Land mit der Weisung, sich den Behörden zur Verfügung zu stellen. Ihre Hilfe wurde angenommen, und die deutschen Seeleute haben sich an der Rettung der gefährdeten Bewohner und ihrer wertvollsten Habe erfolgreich beteiligt. Viele Einwohner der zerstörten Stadt fanden vorübergehend eine Zufluchtstätte an Bord des Dampfers. Außerdem wurden aus den Vorräten des Dampfers den Obdachlosen mehrmals Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Der Dampfer „Adolf von Bayer", der am Abend des Tages nach dem Brande die Anker lichtete, hat schließlich eine Anzahl Verletzter und Kranker übernommen, um sie nach Iquique zu bringen.

○ **Eigenartiger Unfall eines Stellwerkwärters.** Bei der Station Unterröblingen flog von einem Güterzug ein schweres Stück Kohle herunter und traf den Stellwerksbeamten Hübner vor die Brust. Als ein anderer Zug keine Einfahrt erhielt, stieg der Zugführer ab und untersuchte die Strecke. Dabei fand er Hübner besinnungslos neben der Stellwerksbude.

⊙ **Kampf mit der Giftschlange im Flugzeug.** Wie aus Brisbane gemeldet wird, wurde in dem Führersitz eines Flugzeuges kurz nach dem Aufstieg eine giftige Schlange entdeckt. Der einzige Passagier versuchte die Schlange mit seinem photographischen Apparat zu töten, worauf sich das Reptil gegen ihn wandte. Bei einem zweiten Schlag mit dem photographischen Apparat zerschlug sich dieser und fiel über Bord. Der Flugpassagier kletterte darauf auf die Kante seines Sitzes und versuchte, die Schlange mit den Schuhen abzuwehren und zu gleicher Zeit die Aufmerksamkeit des Führers auf den Vorgang zu lenken. Als das scheiterte, entschloß er sich in letzter Verzweiflung auf die Flügel der Maschine zu klettern. Der Führer bemerkte dann, daß irgend etwas in Unordnung war, und flog schnell nach dem Flugplatz zurück. Die Schlange wurde hier vertrieben und getötet.

Das verletzte Ehrgefühl.

Berlin. In der Mordangelegenheit des neunzehnjährigen Manasse Friedländer, der Anfang Januar in der elterlichen Wohnung seinen ein Jahr jüngeren Bruder Waldemar und dessen gleichaltrigen Freund Tibor Földes erschossen hatte und gegen den Voruntersuchung wegen Doppelmordes geführt wird, ist eine überraschende Wendung eingetreten. Manasse Friedländer hat seinem Verteidiger völlig neue Angaben über die Gründe der Tat gemacht. Danach hatte er für eine Freundin seiner jüngeren Schwester, ein jetzt 13jähriges Mädchen, eine tiefe Neigung gefaßt. Dieses Verhältnis habe der junge Földes in brutaler Weise gestört und er sowohl wie Waldemar Friedländer behandelten in der Folge den Manasse Friedländer als einen Schwächling. Dies habe in dem von einem starken Ehrgefühl erfüllten Manasse einen so starken Haß zur Folge gehabt, daß er bei einem erneuten Zusammenstoß mit seinen beiden Widersachern in grenzenloser Wut die Tat vollbrachte.

Die Rache des Betrunkenen.

Kopenhagen. Ritzaus Bureau meldet: Der deutsche Schiffer Danekampf, dessen Schiff im Freihafen wegen Schulden vom Gerichtsvollzieher an die Kette gelegt worden war, versuchte in stark angetrunkenem Zustand sich an der Zollwache zu rächen. Er brachte einige Kanonenschläge, wie sie an Bord von Schiffen für Notsignale verwendet werden, vor den Fenstern der Zollwache zur Explosion. Die Fenster zersplitterten. Darauf begab sich Danekampf in das Wachtlokal und versuchte, einen Kanonenschlag in den Ofen zu werfen. Dies wurde jedoch verhindert, und nachdem man ihm noch einige Kanonenschläge abgenommen hatte, gelang es den Mann zu beruhigen und an Bord seines Schiffes zu bringen. Die Angelegenheit wurde daraufhin der Polizei übergeben.

Sechs Todesopfer einer Kesselexplosion.

Rangoon. Im Kesselraum der Raffinerie der Burma Oil Company in Syriam ereignete sich durch Platzen eines Kessels ein Unglücksfall, bei dem sechs indische Arbeiter den Tod fanden.

Schwerer Eisenbahnunfall in Ostafrika.

In Beira (Mosambik) entgleiste ein Güterzug beim Rangieren und zertrümmerte drei Hütten von Eingeborenen. 18 Eingeborene wurden getötet oder schwer verletzt.

Der gerade Weg

ROMAN von JULIA JOBST

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

(36. Fortsetzung.)

Anna sagte dies so drollig, daß Hachfeld herzlich lachte. Sie hatten sich miteinander auf dem Platz niedergelassen, von dem man den Blick auf den unterliegenden Blumengarten und den sich anschließenden Park frei hatte. Drunten die letzte bunte Pracht des Herbstes: Rosen, Astern und Georginen. In der Luft lag der Duft von Reseda und Veilchen, den der Kammerherr besonders liebte. In der Runde schimmerte das rote Gold des Herbstlaubes in den dichten Waldmassen, darüber der dunkelblaue strahlende Himmel von einer Klarheit, wie er dem Oktober eigen ist. Altweibersommer spann seine Silberfäden, die taumelten fröhlich durch die Lüfte, ein frischer Windhauch trug sie von weither, und sie segelten übermütig ihre Bahn, heute hierhin, morgen dorthin, wie der Wind sie führte. Keiner wußte, wo die Fahrt zu Ende ging.

Hachfeld sah sie ziehen. War er nicht diesen gleich? Auch er ließ sich von dem Leben treiben wie diese schimmernden Fäden, hier haftete er und dort und zog dann weiter, wie der Strom der Lust und des Genießens ihn führte.

„Ich werde alt — ich fange an zu philosophieren," sagte er und merkte wieder auf das Geplauder der schönen Frau, die voller Ungeduld seine Versonnenheit bemerkte.

„Wo ich gewesen bin? — Ueberall da, wo sich die Leute, die sich langweilen, zusammenfinden, um weiter zu gähnen. Nun flüchte ich mich zu Ihnen und ich hoffe nicht mehr zu stören."

Trotz der indiskreten Anspielung lachte Anna hell auf, ihm dabei mit dem Finger drohend: „Graf, Graf, Sie sind doch immer derselbe. Aber es ist zum Lachen, Sie suchen hier bei mir Anregung, bei mir, die selber vor Langeweile vergeht."

„Na, dann bekommt sie Ihnen wenigstens vorzüglich. Ihre Schönheit hat nicht gelitten."

„Nicht? Ich dachte, ich müsse schon graue Haare haben und tiefe Runzeln, weil ich mich vergeblich mühe, herauszufinden, was ich bei dem Tausch mit dem jetzigen Leben profitiert habe."

„Ich dächte," erwiderte Hachfeld und blickte mit ehrlichem Entzücken um sich, „die Frage wäre leicht zu beantworten."

„Für Sie vielleicht. Sie sehen nur die äußere Form des Käfigs und finden ihn durchaus standesgemäß, ja geradezu fürstlich, aber ich sitze hinter den Stäben, belauert von allen Getreuen des Hauses Wagewitz. Beginne ich etwas, das vom Herkömmlichen abweicht, gleich taucht an meinen Wegen die alte Dörthe oder der getreue Johann auf. Sie wollen ja beileibe nicht stören und sind ganz Devotion, aber — — Und dieses „Aber" begegnet mir überall. Da ist zum Beispiel ein ganz unangenehmer Mensch, der Fischmeister Andreas, an welchen Plätzen ich schon auf den gestoßen bin, das ist gar nicht zu verstehen, denn sein Metier fesselt ihn doch an das Wasser."

„Das sollte ich auch meinen. Verraten Sie mir mal, gnädige Frau, gingen Sie auf diesen Wegen allein?"

„Natürlich, denn wen soll ich mir hier zur Gesellschaft mitnehmen?"

„Ihren Gatten zum Beispiel."

„Der hat immer zu tun."

„Oder Ihr Kind?"

„Wilhelm! Aus diesem Herzen bin ich längst verdrängt."

„Sie, die Mutter?"

„Großvater und Vater sind seine Hüter und alles, was sonst auf Altenwerder lebt, ist ihm in Liebe untertan. Daß er bei dieser Abgötterei die Mutter nicht benötigt, das ist doch nur natürlich."

Anna hatte sich künstlich in diese Erregung hineingesteigert. Sie fühlte sich in Wahrheit gar nicht so unglücklich, aber bei der Unterhaltung mit Hachfeld stiegen die alten frohen Zeiten goldener Freiheit auf, und sie fand sich plötzlich sehr bedauernswert.

„Also Sie sind einsam? Es fehlt Ihnen eben an passendem Umgang?"

„Und da wollen Sie in die Bresche treten, Graf? Das wäre sehr liebenswürdig von Ihnen, und ich würde es Ihnen danken, aber Altenwerder empfängt keine bleibenden Gäste. Können Sie sich denken, daß Sie der erste sind, der hier anklopft."

„Und das auch nur für Stunden, gnädige Frau. Aber wie ist es, bekomme ich den versprochenen Kuß als Onkel, wenn ich für Sie den Verkehr mit leichtlebigen, liebenswürdigen Menschen anbahne?"

„Sie bekommen gleich zwei, Graf. Ich bin nur neugierig, wo sie diese Kerle auftreiben wollen. Der Adel der Umgegend hält sich gänzlich fern, man hat ja Uebung darin Altenwerder gegenüber. Wir sind die Entgleisten! Das Familienskelett geht hier nunmehr seit zwanzig Jahren um. Es liegt ein Fluch über diesem alten Schloß, man ließ sich Allzumenschliches zu Schulden kommen. Es streifte immer den Skandal. Auch die Familie ist noch nicht hier gewesen. Feierlich wurde ich vom alten Herrn, dessen Vetter, dem Lobowitzer, und Onkel Erich in den Stand der heiligen Ehe geleitet, aber dann überließen sie mich mir selbst. Nur der Kammerherr hängt an mir und kann mich nicht entbehren. „Le roi s'amuse" darin besteht meine ganze Kunst."

„Eine große Kunst, meine Gnädigste, und daß Sie die besitzen, habe ich an mir selber erfahren. Doch sind Sie noch immer nicht neugierig, zu erfahren, wen ich meine?"

„Nun?"

„Oberförster Rauch und Frau Hilde, geborene Hachfeld, in der Sie zugleich meine Nichte sehen."

„Der neue Oberförster in Rotensande?"

„Sie sehnen sich schon danach, hier Besuch zu machen. Ich erscheine heute gleichsam als Parlamentär. Die Kinder sind noch ganz fremd im Kreise, sie kommen vom Osten."

„Ach so!" Die junge Frau besann sich bei diesen mehr als notwendig betonten Worten wieder einmal auf das, was sie so gern vergessen wollte, daß sie hier im Grunde nur die Geduldete, die Mutter ihres Kindes war.

„Ich habe mich für Wochen als Gast auf der schönen Oberförsterei angesagt. So ein Erbonkel — — Sie verstehen, meine Gnädigste."

Anna blickte belustigt und in prickelnder Erwartung auf den Grafen, bei dem wieder der Fuchs zum Vorschein kam. Man wußte nie, wessen man sich bei ihm zu versehen hatte. Er konnte so amüsant unverschämt werden.

„Sie haben sie also gleichsam in der Tasche, Graf?"

Hachfeld machte nur eine Grimasse und sagte dann: „Wissen Sie, dieses Gefühl, als Erbonkel angesehen zu werden, macht alt — uralt. Als ich mich dessen zuerst bewußt wurde, war es mir, als ob eine kalte Hand im Genick griffe."

„Man ist nur so alt, wie man sich fühlt."

„Hm! Man ist auch so lange Fünfziger, bis man die Sechzig erreicht hat."

„Bei der Frau ziehe ich allerdings die Zwanziger vor, Graf, aber bei den Männern — der Wein gewinnt mit dem Alter an Kraft."

„Sehr schmeichelhaft, gnädige Frau, ich will es glauben, weil Sie es sagen."

„Ihnen gegenüber ist es Wahrheit."

Sie sahen sich beide prüfend in die Augen, und aus denen des Mannes loderte eine züngelnde Flamme zu Anna hinüber, so daß sie einen Augenblick die Lider senkte. Wie sie die Gegenwart dieses Mannes belebte, sie war in Gefahr gewesen, sich in der Langeweile und dem ewigen Gleichmaß der Tage völlig zu verlieren, sie schlief ein. (Forts. f.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719290409-15/fragment/page=0006

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird **monatlich** festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torgauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches Publikations-Organ für Amts- und Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfg., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfg., im Reklameteil 30 Goldpfg. einschl. Umsatzsteuer. Schwieriger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezhalle.

Nr. 42 — **Dienstag, den 9. April 1929.** — **32. Jahrg.**

Die „Große Koalition" im Reiche

Für rasche Erledigung des Etats.

Annahme der Sachverständigenvorschläge im Reichskabinett.

Das Reichskabinett trat am Sonntag unter dem Vorsitz des wieder genesenen Reichskanzlers zu seiner ersten Sitzung nach Ostern zusammen. Es beschäftigte sich mit den Vorschlägen, welche von den Sachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam vereinbart waren.

Das Reichskabinett beschloß nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die gesamtpolitischen Notwendigkeiten, insbesondere die rasche Erledigung des Etats, unter Zurückstellung seiner Bedenken auf den Boden dieser Vorschläge zu treten.

Umbildung des Reichskabinetts.

Verständigung der Parteien.

Montag gegen Abend hatte der von seiner Erkrankung ziemlich wiederhergestellte Reichskanzler die Führer der an der Regierungsbildung beteiligten Reichstagsfraktionen zu sich berufen, um mit ihnen eine Besprechung abzuhalten über die Beschlüsse der Finanzsachverständigen und deren Vorschläge zu Ersparungen zum Reichshaushaltsetat. Das Kabinett in seiner Gesamtheit hatte bekanntlich schon am Sonntag den Vorschlägen der Sachverständigen zugestimmt und mit Rücksicht auf die außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten eine rasche Erledigung des Etats unter Zurückstellung von einzelnen Bedenken befürwortet. Vor allem beabsichtigte der Reichskanzler in der Montagskonferenz, die Frage der Großen Koalition ihrer Lösung näherzubringen. Wahrscheinlich wird die Forderung des Zentrums nach drei Vertretern in der umzubildenden Reichsregierung Zustimmung finden. Die drei Zentrumsminister würden dann den Verkehr, die Justiz und das Ressort der besetzten Gebiete übernehmen. Man hoffte auf Einigung über die Personalfrage und eine grundsätzliche Entscheidung.

In kurzer Zeit tritt der Reichstag wieder zusammen, um in die endgültigen Etatsverhandlungen einzutreten. Bis dahin soll ein aktionsfähiges Kabinett hergestellt werden, zumal die bisher als Sprengpulver wirkenden Steuerfragen viel von ihrer Schärfe verloren haben. Daß die Parteien bei der Umbildung des Kabinetts sich gegenseitig eine gewisse Bindung auferlegen müssen, wird als selbstverständlich betrachtet.

Aus den Vereinbarungen.

Wie verlautet, ist bei den Besprechungen der Parteien auch die Hoffnung zum Ausdruck gekommen, daß die Pariser Schuldenkonferenz doch noch eine Erleichterung für Deutschland bringen würde. Wenn das der Fall ist, sollen die jetzt durch die Etatsersparungen frei werdenden Mittel nicht durch neue Ausgaben wieder aufgesogen werden, sondern man denkt an eine Senkung der Einkommen- und der Zuckersteuer, womit die Steuerbelastung schon etwas geringer würde. Von einer Senkung der Lohnsteuer will man möglichst absehen, dafür aber die Beiträge für die Knappschaftsversicherung mildern und Reserven bei der Invalidenversicherung schaffen.

Stimmen aus der Volkspartei.

Was die Haltung der Deutschen Volkspartei anbetrifft, die ja bei den vergeblichen bisherigen Koalitionsverhandlungen eine große Rolle spielte, so sind in den letzten Tagen darüber laut „gewordenen Stimmen entschieden freundlicher geworden. Dr. Scholz, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, sprach sich in Königsberg entschieden für die Große Koalition aus. Er selbst sei gerade nicht ein besonderer Freund dieser Gestaltung, aber eine andere Mehrheitsbildung im Reichstag sei nicht möglich. Verhängnisvoll für Deutschland müsse jede Diktatur sein, von welcher Seite sie auch käme. Deshalb werde sich die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Große Koalition bereit erklären, da der Sinn des Parlamentarismus in der Bildung einer starken, tragfähigen Regierung zu erblicken sei. Dr. Scholz versicherte seine volle Übereinstimmung mit dem Parteiführer Dr. Stresemann; ganz irrig habe man diesen in Zusammenhang mit neuen Parteigründungen gebracht. Dr. Stresemann habe in einem Brief an ihn, den Redner, ausdrücklich festgestellt, daß ihm solche Behauptungen zu lächerlich erschienen, um ihn zu veranlassen, näher Stellung dazu zu nehmen.

Der Referent für den Reichshaushalt in der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Cremer, machte in einer Rede in Stuttgart Angaben über die bei den Ersparnisvorschlägen in Anwendung gebrachte Taktik und meinte weiter, daß auch die Länder dabei besonders in Betracht gezogen worden seien. Es sei möglich, daß die rückständigen Zinsen aus der Postabfindung an Bayern und Württemberg nunmehr in absehbarer Zeit gezahlt werden könnten; das mache allein für Bayern einen Betrag von 18 Millionen aus. Auch Cremer sprach sich günstig über den zu beratenden Etatsentwurf und die Notwendigkeit der Großen Koalition aus.

Die drei Wege.

Als der Reichstag in die Osterferien ging, ohne daß die Frage, wie das Defizit im Reichshaushalt gelöst werden sollte, auch nur eine andeutungsweise Beantwortung erfahren hatte, war vom Regierungstisch aus noch die Erklärung gefallen: Wenn die Fraktionen ein einheitliches Deckungsprogramm finden, dann wird die Regierung es prüfen und annehmen, aber auch nur dann, wenn sie für die Durchführung dieses Programms die Verantwortung zu tragen willens ist.

Das einheitliche Programm ist da, auch die Zustimmung der Regierung, und es fehlt bloß noch die Erklärung der Fraktionen, sich an dieses Programm, wie der Etat zu gestalten ist, auch unbedingt und ohne „Seitensprünge" zu halten.

Man hat die Ausbalancierung des Etats auf drei Wegen zu erreichen versucht — denn sie bleibt ja Theorie, weil erst die Wirklichkeit im Ablauf des Etatsjahres zeigt, ob man richtig kalkuliert hat! —, nämlich durch Streichung bei den Ausgaben, durch Erhöhung der Ansätze für gewisse Einnahmen und durch Steuererhöhungen. Um diesen letzten Punkt vorwegzunehmen: die Branntweinsteuer, also die sogenannte „Hektoliter-einnahme" des Reiches vom Trinkbranntwein, die das Reich vom Reichsbranntweinmonopolamt erhält und die pro Hektoliter bisher 330 Mark betrug, soll auf 400 Mark heraufgesetzt, die Steuer damit um 21,2 Prozent erhöht werden. Den damit wohl zweifellos verbundenen Konsumrückgang, der schon im abgelaufenen Betriebsjahr infolge Steuererhöhung mit stattfand und daher die Steuereinnahmen nicht einmal den Voranschlag erreichen ließ, hofft man durch besondere Verwaltungsmaßnahmen gegen Schwarzbrennereien usw. wettzumachen. Ferner fällt die Steuerermäßigung für die Kleinbrennereien fort und schließlich muß auch für den Weingeist, der für Heilmittelzwecke verwendet wird und bisher nur 100 Mark Steuer trug, jetzt die gl[illegible] dem Trinkbrann[illegible] nicht eingetreten [illegible] Betriebsjahr [illegible] deren Arten von [illegible] 90 Millionen [illegible] Rückgangs der [illegible] dieser Rechnung.

Zwar [illegible] Vermögens[illegible] dentlich daß man b[illegible] „Einheitswerte[illegible] naus-gang, so d[illegible] bis 1928/29 m[illegible] Praxis ohne weite[illegible] beim Vera[illegible] beabsichtigt [illegible] zwar keine [illegible] in der Praxis ab[illegible] ist die Theorie s[illegible] Praxis! Schärfer v[illegible] das Kapitel de[illegible] seite des G[illegible] wo man n[illegible] dieser Steuer di[illegible] eine sehr [illegible] der Zigaretten [illegible] etwa 50 Million[illegible]

Ob es [illegible] wird, statt der im [illegible] daß nun 140 Millionen an die Reichskasse abzuführen, ohne daß eine Gebührenerhöhung hierfür notwendig wird, erscheint nach den kürzlich erfolgten Erklärungen des Reichspostministers mehr als zweifelhaft. Die Reichspost könne für 1929 höchstens 126 Millionen überschüssig zahlen und für diesen Zweck ihre Ausgaben aufs alleräußerste drosseln bis zu der Grenze, bis zu der es die Erhaltung ihrer lebenswichtigen Betriebe noch ertragen könne. Das sei schon im vergangenen Jahr geschehen; verlange man aber mehr als jene 126 Millionen von der Reichspost, dann ginge es nicht ohne Heraufsetzung der Gebühren ab. Der Wink war deutlich, weil er in eine Zeit fiel, da man schon offiziös davon redete, auch die Post heranzuziehen für die Deckung des Reichsdefizits. Verantwortlich für eine solche Gebührenerhöhung wäre der Reichstag übrigens nicht, da die Reichspost ein selbständiges, „nach kaufmännischen Grundsätzen verwaltetes" Unternehmen ist, wo der Verwaltungsrat die entscheidende Stimme hat — auch für die eventuelle Heraufsetzung der Gebühren.

Die ursprüngliche Absicht, allein durch Abstriche am Haushalt das Defizit zu beseitigen, ist also nicht durchgeführt worden, sondern nur nicht ganz zur Hälfte. Steuererhöhung und Heraufsetzung der Einnahmenvoranschläge" sollen die dann noch ausstehenden Summen heranschaffen, so daß letzten Endes ein Mehr von 200 Millionen an Ausgaben beschlossen ist. Angenehmer wäre es dem Steuerzahler zu hören, wenn man es ihm erlassen hätte, die neue Ausgabenerhöhung tragen zu müssen.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Berliner Beratungen über Bildung der Großen Koalition und Umgestaltung des Reichskabinetts haben erfolgversprechenden Fortgang genommen.

* Im Langkoop-Prozeß wurde das Urteil verkündet. Es lautet für Langkoop auf fünf Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist und 50 Mark Geldstrafe. Loof wurde freigesprochen.

* Bei Babenhausen wurde auf einem Bahnübergang ein Auto von einem Zuge erfaßt, wobei eine fünfköpfige Familie getötet wurde.

* Die Vereinigten Staaten von Amerika machen Anstalten, um in die mexikanischen Wirren mit bewaffneter Hand einzugreifen.

Pariser Verhandlungen über Oberschlesien.

Das Beschwerderecht der Minderheiten.

Die oberschlesischen Verhandlungen, die vom 25. März bis 6. April von der vom Völkerbundrat beauftragten Kommission in Paris geführt wurden, fanden ihren Abschluß, der im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden kann.

Die Minderheiten in dem deutschen und dem polnischen Teil von Oberschlesien genießen bekanntlich das Ausnahmerecht vor allen anderen Minderheiten, sich unmittelbar an den Völkerbundrat wenden zu dürfen. Sowohl der Rat als auch die Polen wollten dieses unmittelbare Beschwerderecht abschaffen. Sie stießen jedoch auf einen erheblichen deutschen Widerstand. Die Pariser Verhandlungen galten der Klärung dieser Streitfrage. Auf deutscher Seite war man bereit, die Beschwerden, soweit sie sich ausschließlich mit Kleinkram beschäftigen, vom Rat fernzuhalten, ohne die Rechte der Minderheiten zu schmälern. Die neuen Abmachungen regeln denn auch die Frage in diesem Sinne. Die klageführende Minderheit wird in Zukunft nach einer Prüfung in Genf an das Minderheitenamt des betreffenden Staates verwiesen werden. Gleichzeitig soll das örtliche Verfahren wesentlich verbessert und stark beschleunigt werden. Es darf in Zukunft nicht länger als sechs Monate andauern. Sollte das örtliche Verfahren dem Kläger nicht zusagen, bleibt es ihm trotzdem frei, nach Genf an den Völkerbundrat zu gehen.

Beschlüsse des Evang. Reichselterntages.

Das Ende der Beratungen.

Nachdem auf der Tagung in Breslau Oberstudiendirektor Glage-Insterburg noch über sexuelle Jugenderziehung und Direktor Schwarz-Breslau über sexualpädagogische Pflichten der Eltern und einige andere Redner gesprochen hatten, nahm die Versammlung einige Entschließungen zur

Lehrerbildung und Schulpolitik

an. Der Aufbau der Lehrerbildung in Preußen wird begrüßt und die Erwartung ausgesprochen, daß die anderen Länder sich anschließen werden. Ferner rechnet die evangelische Elternschaft auf Einhaltung des vor fast einem Jahre in einer Regierungserklärung erneut gegebenen Versprechens zur Reform der Schulgesetzgebung und erwartet eine ungesäumte Wiederaufnahme der Reichsschulgesetzgebung. Zugleich legt sie Verwahrung ein gegen alle Versuche, durch Verwaltungsmaßnahmen im Widerspruch mit der Reichsverfassung den Charakter unserer evangelischen Schulen anzutasten. Beim weiteren Aus- und Ausbau der Volksschule ist einer Überspannung des Berechtigungswesens entgegenzutreten. Zum Schluß des Elterntages fanden große Festgottesdienste und eine Kundgebung im Konzerthaus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61093560719290409-15/fragment/page=0007